



Planungsbericht des Regierungsrates
an den Kantonsrat

B 106

über die Schnittstellen- problematik zwischen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II

Übersicht

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat einen Planungsbericht über die Schnittstellenproblematik zwischen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und zwischen der Sekundarstufe I (7. bis 9. Schuljahr) und der Sekundarstufe II (10. bis 13. Schuljahr). Der Bericht wurde mit der am 23. Juni 2008 erheblich erklärten Motion M 113 von Esther Schönberger-Schleicher verlangt. Er soll insbesondere aufzeigen, wie sich die Sekundarstufe I weiterentwickeln soll, um die gegenwärtigen Veränderungen auf der Primarstufe optimal aufnehmen zu können. Gleichzeitig soll dargestellt werden, wie die Abnehmerschulen auf die Weiterentwicklung der Sekundarstufe I vorbereitet werden müssen.

Seit Ende der 1990er-Jahre wurden auf der Sekundarstufe I gewichtige Anpassungen vorgenommen. Sie waren insbesondere notwendig wegen der Einführung der Berufsmatura und des Kurzzeitgymnasiums. So ist die heutige Sekundarstufe I in vier Niveaus (beziehungsweise Typen) unterteilt.

- *Niveau A für schulleistungsstarke Lernende (Vorbereitung auf Kurzzeitgymnasium und anspruchsvolle Berufsausbildungen evtl. mit Berufsmatura),*
- *Niveau B für Lernende mit guten Schulleistungen (Vorbereitung auf schulisch anspruchsvolle Berufsausbildungen),*
- *Niveau C (entspricht der ehemaligen Realschule),*
- *Niveau D (entspricht der ehemaligen Werkschule).*

In der Ausgestaltung der Sekundarstufe I sind drei verschiedene Modelle möglich: das typengetrennte, das kooperative und das integrierte Modell.

Auch die Schulzeugnisse der Sekundarstufe I sind seit dem Schuljahr 2007/08 besser auf die Bedürfnisse der Lehrbetriebe angepasst. Gleichzeitig wurde in der 2. Sekundarklasse mit «Stellwerk 8» eine Lernstandsmessung eingeführt, die einerseits den Lehrbetrieben mehr Informationen über das Potenzial der Lernenden geben soll, andererseits für die Lernenden eine Standortbestimmung darstellt. Die Ergebnisse der Lernstandsmessung dienen demnach auch der individuellen Förderung in der 3. Klasse. Für die im Unterricht integrierte Förderung steht pro Woche eine Lektion zur Verfügung. Die Einführung von «Stellwerk 9» in der 3. Klasse ist auf das Schuljahr 2009/10 geplant. Zur Optimierung der Nahtstellen Primarstufe - Sekundarstufe I und Sekundarstufe I - Sekundarstufe II wurden die Übertrittsverfahren überprüft und angepasst.

Die durch das Projekt «Weiterentwicklung der Sekundarstufe I» ausgelösten Veränderungen waren Ende Schuljahr 2007/08 abgeschlossen. Das Projekt wurde inzwischen evaluiert. Erste Empfehlungen liegen vor. Sie bilden einen Bestandteil der zukünftigen Ausgestaltung der Sekundarstufe I. In die Planung müssen aber auch die demografische Entwicklung, die Entwicklungen auf gesamtschweizerischer und sprachregionaler Ebene, die Entwicklungen auf den übrigen Schulstufen (insbesondere der Primarstufe und der Sekundarstufe II) und der internationale Vergleich miteinbezogen werden. Ein wesentlicher Aspekt in der Weiterentwicklung ist zudem die Unterrichtsentwicklung. Dazu gehören individualisierende Lehr- und Lernformen, Instrumente wie Bildungsstandards, Kompetenzmodelle, ein regionaler Lehrplan und standardisierte Leistungsmessungen. Da die Schulstrukturen eine wichtige Rahmenbedingung für die Zielerreichung im Unterricht darstellen, müssen auch sie mittel- oder langfristig angepasst wer-

den. Aufgrund der genannten Überlegungen und Vergleiche spricht sich der Regierungsrat für eine Reduktion der Zahl der Strukturmodelle aus. In Zukunft sollen für die Sekundarstufe I in der Volksschule nur noch zwei Strukturmodelle zur Verfügung stehen.

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen einen Planungsbericht über die Sekundarstufe I. Der Bericht wurde mit der am 23. Juni 2008 erheblich erklärten Motion M 113 von Esther Schönbberger-Schleicher verlangt. In der Motion wurde insbesondere die Darstellung der Schnittstellen zwischen der Primarschule und der Sekundarstufe I sowie jene zwischen der Sekundarstufe I (7. bis 9. Schuljahr) und der Sekundarstufe II (10. bis 13. Schuljahr) verlangt. Zudem sind in zwei weiteren Vorstössen (als Postulat erheblich erklärte Motion M 889/2007 von Jakob Lütolf über eine Änderung der Angebote der Sekundarstufe I sowie Postulat P 208 von Patrick Meier über die Schulkreiseinteilung der Sekundarstufe I) Fragen zu dieser Schulstufe gestellt beziehungsweise Veränderungen angeregt worden.

I. Einleitung

Die Sekundarstufe I ist im Brennpunkt verschiedener Ansprüche. Einerseits müssen die Entwicklungen der Primarstufe aufgenommen und weitergeführt werden, andererseits muss auf die Anforderungen der Sekundarstufe II geachtet werden. Da Veränderungen in der Primarstufe angelaufen sind, müssen auf der Sekundarstufe I in nächster Zeit ebenfalls Anpassungen gemacht werden, auch in der Frage der Struktur. Entwicklungen auf der Sekundarstufe II müssen bei der Weiterentwicklung der Sekundarstufe I ebenfalls berücksichtigt werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die Sekundarstufe II auf ausgewiesenen Leistungen aufbauen möchte, damit die Anschlüsse möglichst problemlos verlaufen und die knappe Lernzeit optimal genutzt werden kann. Diese vielfältigen Anforderungen sind bei der Weiterentwicklung der Sekundarstufe I und vor allem bei der Ausgestaltung der beiden Schnittstellen zu berücksichtigen.

Um Ihnen eine Übersicht über die heutige Ausgestaltung der Sekundarstufe I zu verschaffen, stellen wir Ihnen im folgenden Kapitel II die heutige Situation vor. Im Kapitel III stellen wir die Evaluationsergebnisse aus dem Kanton Luzern und die Pisa-Leistungsmessungen im schweizerischen Vergleich dar. Im Kapitel IV werden die wichtigsten Entwicklungen beschrieben, welche die zukünftige Sekundarstufe I beeinflussen. Im Kapitel V skizzieren wir die zentralen Eckwerte für die zukünftige Sekundarstufe I im Kanton Luzern.

II. Aktuelle Situation der Sekundarstufe I

1. Weiterentwicklung der Sekundarstufe I im Rahmen des Gesetzes über die Volksschulbildung

Mitte der 90er-Jahre wurde der Weg zur Berufsmatura stark ausgebaut. Im gleichen Zeitraum wurden die Kurzzeitgymnasien eingeführt. Seither stehen den Lernenden erheblich mehr Möglichkeiten offen, um im Anschluss an die Sekundarstufe I in eine schulisch besonders anspruchsvolle berufliche Ausbildung oder ins Gymnasium einzutreten. Diese neuen Wege fordern nicht nur die Jugendlichen heraus, auch die Sekundarstufe I steht gestiegenen Erwartungen gegenüber. Es ist ihre Aufgabe, die Jugendlichen auf diese anspruchsvollen Ausbildungen vorzubereiten und ihnen den Zugang und den Anschluss zu ermöglichen. Nur wenn es der Sekundarstufe I gelingt, die erhöhten Anforderungen im Unterricht umzusetzen, können die Lernenden die neuen Chancen nutzen.

Damit die Sekundarstufe I dieser Herausforderung gerecht wird, wurde sie im Rahmen des Gesetzes über die Volksschulbildung vom 22. März 1999 (SRL Nr. 400a) wie folgt weiterentwickelt:

- Der Unterricht wurde mit einem zusätzlichen Niveau für besonders schulleistungsstarke Jugendliche erweitert.
- Die Organisation erfolgt in drei Strukturmodellen, welche die Durchlässigkeit zwischen den Niveaus unterschiedlich gut ermöglichen.
- In der 3. Klasse der Sekundarstufe I wurde mit dem Projektunterricht und einer Abschlussarbeit das interessenbezogene, selbständige Arbeiten eingeführt.
- Die Beurteilung der Lernenden wurde verstärkt lernzielorientiert ausgerichtet und erweitert.

a. Einführung eines zusätzlichen Niveaus

Gestützt auf die im Volksschulbildungsgesetz enthaltene Zielsetzung der Begabtenförderung wurde die Sekundarschule in zwei Niveaus, A und B, aufgeteilt. Im Niveau A werden vor allem schulleistungsstarke Lernende gefördert, die ins Kurzzeitgymnasium übertreten wollen oder eine Berufsmatura anstreben. Die Sekundarschule Niveau B gilt weiterhin als Bildungsgang mit erweiterten Ansprüchen und wird von Jugendlichen besucht, die gute Schulleistungen erbringen und schulisch anspruchsvolle Berufsausbildungen besuchen möchten. Das Niveau C entspricht der ehemaligen Realschule, während das Niveau D die bisherige Werkschule umfasst.

b. Umsetzung in drei Strukturmodellen

Das Gesetz über die Volksschulbildung sieht für die Organisation der Sekundarstufe I drei Strukturmodelle vor. Im getrennten Modell werden die vier Niveaus in eigenen Klassen geführt. Im kooperativen Modell werden leistungsbezogene Stammklassen geführt. Vier Fächer werden zudem in Niveaugruppen geführt, wobei die Lernenden je nach Stärke in den vier Fächern in unterschiedlichen Niveaugruppen sein können. Im integrierten Modell werden alle Lernenden eines Jahrgangs in der gleichen Stammklasse unterrichtet. In fünf Fächern besuchen die Lernenden den Unterricht in Niveaugruppen. Über die Organisation der Sekundarstufe I entscheiden die zuständigen Schulbehörden einer Standortgemeinde.

c. Projektunterricht und Abschlussarbeit

In der Berufsbildung und in weiterführenden Schulen wird die Fähigkeit, eine Arbeit selbständig zu planen, durchzuführen und das Ergebnis zu präsentieren, immer mehr als Schlüsselqualifikation vorausgesetzt. In der 3. Klasse der Sekundarstufe I werden die Jugendlichen in die Projektarbeit eingeführt. In mehreren kleineren Arbeiten und in einer Abschlussarbeit wird mit ihnen diese Arbeitsform geübt. Die Jugendlichen können dabei auch ihre eigenen Interessen einbringen und Themen bearbeiten, die in Beziehung zu ihrem weiteren Werdegang stehen.

d. Lernzielorientierte, erweiterte Beurteilung

An die Idee, die Sekundarstufe I mit dem Niveau A zu erweitern, war auch die Vorstellung geknüpft, die Durchlässigkeit zwischen den Niveaus zu vergrössern. Die Jugendlichen sollen auf ihrem Niveau optimal gefördert werden und bei entsprechendem Lernerfolg das Niveau wechseln können. Die Niveauwechsel wurden auf Verordnungsebene so geregelt, dass sie von den Lernenden klar angestrebt und – falls die Jugendlichen die geforderten Leistungen erbringen – auf einfachem Weg vollzogen werden können. Mit einer verstärkt lernzielorientierten und erweiterten Beurteilung werden Entscheidungsgrundlagen für diese Niveauwechsel bereitgestellt.

2. Umsetzung der Reformelemente

Seit Ende des Schuljahres 2007/08 ist die im Rahmen des Gesetzes über die Volksschulbildung erfolgte Weiterentwicklung der Sekundarstufe I abgeschlossen. 24 Standorte führen die vier Niveaus in getrennten Klassen (typengetrenntes Modell).

16 Schulen führen eine kooperative und sechs Schulen eine integrierte Sekundarstufe I. Bei einzelnen Schulen sind mit Rücksicht auf örtliche Bedürfnisse kleinere Abweichungen von den Eckwerten der drei Strukturmodelle bewilligt worden. Da insbesondere die grossen Gemeinden ihre Sekundarstufe I im getrennten Modell führen, werden zahlenmässig die meisten Lernenden im Rahmen dieses Modells unterrichtet.

Das Übertrittsverfahren von der Primarschule in die Sekundarstufe I ergab für das Schuljahr 2008/09 folgende Werte:

	Anzahl Lernende	in %
Eintritte in das Niveau A (Sekundarschule)	847	19,08
Eintritte in das Niveau B (Sekundarschule)	1470	33,12
Eintritte in das Niveau C (Realschule)	1198	26,99
Eintritte in das Niveau D (Werkschule)	118	2,66
Eintritte in die Kantonsschule (inkl. private und ausserkant. Gymnasien)	795	17,91
Freiwillige Repetition der 6. Klasse	11	0,25

Diese Werte entsprechen in etwa dem Durchschnitt der letzten Jahre, wobei kleine Abweichungen zwischen den Niveaus durchaus vorkommen.

Der Übertritt von der Sekundarstufe I ins Kurzzeitgymnasium hat sich eingespielt und bewährt sich. Während anfänglich die Lernenden grossmehrheitlich nach der 3. Sekundarklasse ins Kurzzeitgymnasium wechselten, ist der Übertritt nach der 2. Klasse nun zunehmend häufiger geworden. Das Verfahren für den Übertritt vom Niveau A ins Kurzzeitgymnasium wurde verkürzt und dauert noch ein Semester. Der prüfungsfreie Übertritt in die Berufsmittelschule mit mindestens einem Notendurchschnitt von 4,7 hat sich bewährt und gewährleistet den schulleistungstarken Lernenden den Anschluss an die Sekundarstufe II und den Einstieg in die Ausbildung zur Berufsmatura.

Da die Lehrstellensituation seit längerer Zeit angespannt ist, fällt es den Lehrbetrieben oft nicht leicht, aus den vielen Bewerbungen eine begründete Auswahl zu treffen. Sie fordern deshalb immer wieder aussagekräftigere und einfacher lesbare Zeugnisse. Von den Bewerberinnen und Bewerbern verlangen sie zusätzliche Beurteilungsergebnisse. Viele Lehrbetriebe erwarten heute, dass die Bewerbungsunterlagen die Ergebnisse eines von privater Seite angebotenen Leistungstests, zum Beispiel «Multicheck» oder «basic-check», enthalten. Um dem Bedürfnis der Lehrbetriebe nach vergleichbaren Beurteilungsergebnissen nachzukommen, hat die Dienststelle Volksschulbildung im Schuljahr 2007/08 in der 2. Klasse der Sekundarstufe I die Lernstandsmessung «Stellwerk 8» eingeführt. Die Lernenden erhalten als Ergebnis ein Leistungsprofil zu den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik sowie zum Vorstellungsvermögen. Die Lernstandsergebnisse werden in der 3. Klasse der Sekundarstufe I zur individuellen Förderung benutzt. Diese Förderung findet integriert im Unterricht statt. Es steht dazu auch eine Förderlektion pro Woche zur Verfügung. Es ist vorgesehen, im letzten Schuljahr auch die Lernstandsmessung «Stellwerk 9» einzuführen. Sie soll Ende der 3. Klasse durchgeführt werden und als Ergänzung des Schulabschlusses dienen.

Seit dem Schuljahr 2007/08 stellt die Sekundarstufe I neue Zeugnisse aus, die einfacher lesbar sind und bezüglich der Beurteilung der Lernenden genauere Vorgaben machen. Die Lehrbetriebe wurden in Veranstaltungen und schriftlich mehrfach informiert.

3. Ausbildung der Lehrpersonen für die Sekundarstufe I

Seit Herbst 2003 bildet die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz in Luzern (PHZ) Lehrerinnen und Lehrer für die Sekundarstufe I aus. Mit dem Anerkennungsreglement für die *Lehrdiplome* von 1999 hat die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) gültige Eckwerte für die schweizerische Ausbildung festgelegt. Damit wurde ein einheitlicher Ausbildungstypus für die Oberstufe definiert, der zu einem Diplom führt, mit dem in allen Typen der Sekundarstufe I unterrichtet werden kann. Die bisherige Unterscheidung von Sekundar- und Reallehrpersonen wurde aufgehoben. Zu den *Rahmenvorgaben* gehören zum Beispiel:

- «Die Ausbildung vermittelt Wissens- und Handlungskompetenzen für die Erziehung und Bildung von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I in festgelegten Unterrichtsfächern.» (Art. 3). Dazu gehören Planungskompetenzen wie die Unterstützung bei der Berufsfindung oder bei der Projektrealisierung, Beurteilungsfähigkeiten oder die Vorbereitung auf die Kooperation im Schulteam und mit Eltern.
- Im Studium werden Theorie und Praxis, Lehre und Forschung verbunden.
- Für die Dozierenden und die Praxislehrpersonen wurden Anforderungen an ihre wissenschaftliche Ausbildung und praktische Erfahrung definiert.

2005/06 wurde die PHZ durch eine Expertengruppe im Auftrag der EDK evaluiert. 2006 wurde der Sek-I-Ausbildung bescheinigt, die genannten Kriterien zu erfüllen. Aufgrund dieser *EDK-Anerkennung* konnten Anfang 2008 die ersten Absolventinnen und Absolventen die Ausbildung mit einem Master abschliessen. Dieser Abschluss berechtigt zu einem Einsatz in allen Niveaus der Sekundarstufe I (inkl. Untergymnasien).

Aufbauend auf den oben skizzierten Rahmenbedingungen gibt die PHZ ihrer Sek-I-Ausbildung ein eigenes Profil:

- *Sachkompetenz und Fachinteresse*

Die Studierenden erwerben die Unterrichtsbefähigung in vier Fächern, deren Ausbildungsumfang etwa gleich ist. Damit wird eine ausgewogene Balance erreicht zwischen den Möglichkeiten einer wissenschaftlich vertieften Ausbildung und den Anforderungen der Schulpraxis nach breiten Einsatzmöglichkeiten und guten Stundenplanbedingungen des Schulbetriebs. Gleichzeitig ermöglicht die PHZ den Studierenden damit ein Studium in denjenigen Fachbereichen, für die sie sich besonders interessieren und in denen sie gut vorbereitet sind.

Mindestens zwei der folgenden Fächer müssen gewählt werden: Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik, Geschichte, Geografie, Naturwissenschaften. Zwei weitere Fächer können dann aus der Gesamtliste der 13 Fächer bestimmt werden,

zu der noch Bildnerisches Gestalten, Technisches Gestalten, Bewegung und Sport, Musik, Hauswirtschaft und Informatik gehören.

Es wird den Studierenden empfohlen, Mathematik oder Deutsch als Leitfächer zu belegen. Etwa 90 Prozent der Studierenden schliessen denn auch mit einem dieser beiden Fächer ab, wobei häufig Mathematik und Naturwissenschaften auf der einen, die Sprachen und Geschichte auf der anderen Seite kombiniert werden. Die offeneren Wahlmöglichkeiten erlauben aber auch andere Fächerkombinationen.

- *Erziehungsaufgaben*

Den Studierenden wird die Erziehungsaufgabe in der Arbeit mit Jugendlichen nahe gebracht. Die vielfältigen Praxiserfahrungen während des Studiums werden mit Hilfe von Fachwissen und Methoden aus Pädagogik und Psychologie systematisch verarbeitet. Vom Kommunikationstraining über heilpädagogische Grundlagen, Jugendpsychologie und Einführung in das «System Schule» werden die angehenden Lehrpersonen auf die erzieherischen Herausforderungen des Schulalltags vorbereitet. Das Fach Lebenskunde wird obligatorisch von allen Studierenden besucht. Ebenso erfolgt für alle eine Einführung in den Projektunterricht und die Aufgaben als Klassenlehrerin oder Klassenlehrer.

- *Schulalltag und wissenschaftliche Reflexion*

Die PHZ-Sek-I-Ausbildung arbeitet mit über 80 Schulen der Sekundarstufe I in der Region zusammen. Im Kontakt mit Praxislehrpersonen werden gemeinsame Ausbildungsziele für die Praktikantinnen und Praktikanten bestimmt und die Arbeit an diesen Zielen durch didaktische «Bausteine» unterstützt. Erfahrene Lehrpersonen arbeiten als Schulmentorinnen und -mentoren im Teamteaching in Pädagogik- und Didaktik-Modulen mit Dozierenden zusammen. Themen für Masterarbeiten entstehen aufgrund von Fragestellungen aus Kontaktschulen. Studierende sind in Schulprojekte einbezogen. Blockkurse der Impuls- oder Spezialisierungswochen können auch gemeinsam mit der Lehrerweiterbildung durchgeführt werden. Das Profil der PHZ-Ausbildung ist damit stark durch den lebendigen Austausch von Schulerfahrung und Wissenschaft geprägt.

- *Fachwissenschaft und Fachdidaktik*

Die Dozierenden sind in Fächern organisiert, in denen Fachwissenschaftler und Fachdidaktiker eng kooperieren. Die Fachvertiefungen wissen um die Curricula der Schulfächer, die Fachdidaktiken wählen Themen, die die fachwissenschaftliche Ausbildung ergänzen. Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Pädagogik und der Psychologie besuchen alle Fachdozierenden die Praktika und pflegen in regelmässigen Fachkonferenzen den interdisziplinären Austausch. Diese gemischten Teams übernehmen die Verantwortung für das Erreichen der Berufsstandards unserer Lehrerbildung.

- *Impulse und Spezialisierungen*

Im Studienbereich «Impulsstudien» werden jedes Jahr interdisziplinäre, aktuelle Themen in Blockwochen angeboten. In den Spezialisierungsstudien wählt jede Studentin und jeder Student zu Beginn des Studiums eine Vertiefungsmöglichkeit, die ein berufsergänzendes, persönliches Profil für die angehende Lehrperson ermöglicht. Beispiele sind das Studium von Journalistik und Schule, Mediation, Heilpädagogik oder Vertiefungen im Bereich Musik (Hochschule Luzern Musik),

Sport, Gestalten (Hochschule Luzern Design und Kunst), Mathematik oder Geschichte, die Seminarbesuche an der Universität Luzern beinhalten. Erfreulich ist zudem, dass etwa 10 Prozent der Studierenden eines Jahrganges die Gelegenheit nutzen, einen Auslandsaufenthalt von einem Semester in ihr Studium einzubauen. In Frankreich, England, Skandinavien, Deutschland, Australien bieten Partnerhochschulen diese Möglichkeit. Einblicke in die dortigen Sekundarschulen gehören zum Programm.

– *Flexible Angebote*

Um verschiedenen Vorqualifikationen und Biografien entsprechen zu können, wurden unterschiedliche Studienprogramme innerhalb des Studienganges Sek I aufgebaut:

SI-R: Der Regelstudiengang nimmt Maturanden auf (85% aller Studierenden) sowie Personen, die über den zweiten Bildungsweg die Matura erreicht haben oder in einem an der Berufsmatura-Passerelle orientierten Vorbereitungskurs mit Eingangsprüfung zum Studium zugelassen wurden.

SI-L: Spezielle Studienzeiten bietet ein Studienprogramm für Primarlehrpersonen oder Fachlehrpersonen, die ein Sek-I-Diplom anstreben und bereits in der Schule tätig sind.

SI-F: Ein weiteres Angebot ermöglicht Lehrerinnen und Lehrern, die bereits ein Sekundarlehrdiplom besitzen, berufsbegleitend ein weiteres Fach zu studieren.

SI-H: Die Einwilligung des Konkordatsrates vorausgesetzt wird im Herbst dieses Jahres ein Studienprogramm angeboten, in dem eine Sek I-Ausbildung mit den Fächern Mathematik und Deutsch zusammen mit dem Studium in schulischer Heilpädagogik belegt werden kann. Diese Kombination wird möglich, indem in der Sek-I-Ausbildung auf zwei Fächer verzichtet wird. Damit soll für Sekundarlehrpersonen die Arbeit in Werkschulklassen oder in der integrativen Förderung möglich werden, ohne dass sie zwei vollständige Masterstudien absolvieren müssen.

– *Eignung und Verantwortung für die Volksschule*

Das Studium für die Sekundarstufe I beginnt mit einem Grundjahr, in dem verschiedene Aspekte der Studier- und Berufseignung überprüft werden. Die Verantwortung als Lehrerin oder Lehrer soll früh bewusst werden. In diesem ersten Jahr arbeiten die Studierenden aller drei Studienrichtungen (Kindergarten/Unterstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I) zusammen. Erfahrungen auf der gewählten und den Nachbarstufen, das gemeinsame Lernen mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Stufen sollen das «Wir-Gefühl» von Lehrpersonen der Volksschulstufe bereits im Studium stärken.

Selbst- und Fremdkontrollen in diesem ersten Jahr helfen, den Entscheid für ein berufsorientiertes Studium selbstkritisch zu prüfen. Während dieses Jahres beenden 5 bis 10 Prozent der Studierenden das Studium, etwa gleich viel wechseln Fächer oder Stufenausbildungen. Im ersten Jahr ist das Studium eines fünften Faches möglich, um Fächerwechsel ohne Zeitverlust zu ermöglichen.

Seit 2003 besuchen pro Jahrgang zirka 110 Studierende das Sek-I-Studium. Im Studienjahr 2008/09 sind aktuell 562 Studierende eingeschrieben. 208 Absolventinnen und Absolventen haben die PHZ bereits mit einem Lehrdiplom verlassen. Bis auf wenige

Ausnahmen arbeiten diese ehemaligen Studierenden heute als Lehrerinnen und Lehrer auf der Sekundarstufe I. Um genauere Rückmeldungen auf ihre ersten Berufserfahrungen und den Rückblick auf die Ausbildung zu bekommen, läuft eine erste Absolventenbefragung.

4. Optimierung der Nahtstelle Primarstufe - Sekundarstufe I und der Nahtstelle Sekundarstufe I - Sekundarstufe II

Im Mai 2005 hat das Bildungs- und Kulturdepartement einer Arbeitsgruppe den Auftrag erteilt, die Schnittstellen zwischen Volksschule und Gymnasium sowie die geltenden Übertrittsbestimmungen zu prüfen. Der Bericht der Arbeitsgruppe vom November 2006 zeigte auf, dass beim Übertrittsverfahren von der Primarstufe in die Sekundarstufe I insbesondere im Bereich Information und Kommunikation Optimierungen vorgenommen werden sollten. Deshalb hat die Dienststelle Volksschulbildung folgende Massnahmen realisiert:

Übertrittsverfahren Primarstufe - Sekundarstufe I (ab Schuljahr 2008/09)

- Die Broschüre «Übertrittsverfahren Primarstufe - Sekundarstufe I» wurde umfassend überarbeitet und mit detaillierten Darstellungen der Bildungswege sowie der Bildungsangebote ergänzt.
- Die Anforderungsprofile für die verschiedenen Schultypen wurden ausgeweitet und verfeinert.
- Für die ersten Elterninformationen im Rahmen des Übertrittsverfahrens in der fünften Primarklasse durch die Lehrpersonen oder die Schulleitungen wurde eine umfassende Power-Point-Präsentation zur Verfügung gestellt. Damit soll gewährleistet werden, dass alle Erziehungsberechtigten einheitlich über die Inhalte und die formalen Abläufe des Übertrittsverfahrens informiert werden.
- Für einen weiteren Informationsabend in der sechsten Primarklasse wurde eine DVD-Präsentation mit einer ganzheitlichen Darstellung der Angebote der abnehmenden Schulen sowie der weiterführenden Bildungsmöglichkeiten auf der Sekundarstufe II bereit gestellt.
- Weiter sind die Schulleitungen und die Lehrpersonen aufgefordert worden, bei der Präsentation der Angebote der abnehmenden Schulen sowie der weiterführenden Bildungsmöglichkeiten deren Vertretungen für die Darstellung ihrer Angebote einzuladen.
- Im formalen Bereich des Übertrittsverfahrens wurde eine rechtliche Norm geschaffen, die es den Schulleitungen der abnehmenden Schulen ermöglicht, im Falle eines Zuweisungsentscheides, der von den entsprechenden Kriterien deutlich abweicht, die Aufnahme in den gewählten Schultyp zu verweigern.
- Auf das Schuljahr 2009/10 wird der Beurteilungsbogen für den Übertritt in das Langzeitgymnasium oder in die Sekundarstufe I in den Selbst- und Sozialkompe-

tenzen an den Lernzielkatalog für die Zeugnisbeurteilung angeglichen. Damit soll die Zuweisung in ein weiterführendes Schulangebot für die Erziehungsberechtigten noch transparenter gestaltet werden können.

Übertrittsverfahren Sekundarstufe I, Niveau A - Kurzzeitgymnasium (ab Schuljahr 2007/08)

- Die Dauer des Übertrittsverfahrens wurde von zwei Semestern auf ein Semester verkürzt. Das Verfahren findet im 1. Semester der 2. oder 3. Klasse der Sekundarstufe I Niveau A statt.
- Als qualitätssichernde Massnahmen wurden beim Übertrittsverfahren von der Sekundarstufe I Niveau A ins Kurzzeitgymnasium analog zum Übertrittsverfahren Primarstufe in die Sekundarstufe I Rückmeldegespräche und Beurteilungskonferenzen eingeführt. Beim Rückmeldegespräch geben die Lehrpersonen der aufnehmenden Schule an die Lehrpersonen der abgebenden Schule individuelle Rückmeldungen über die Leistungen und die Entwicklung der zugewiesenen Lernenden. Die jährlich stattfindende Beurteilungskonferenz mit den Lehrpersonen der abgebenden Schulen dient der gemeinsamen Reflexion über die Beurteilung der Lernenden sowie der Erörterung allfälliger Probleme im Zusammenhang mit dem Übertrittsverfahren.
- Weiter wurden die Schulleitungen und die Lehrpersonen aufgefordert, bei der Präsentation der Angebote der abnehmenden Schulen sowie der weiterführenden Bildungsmöglichkeiten deren Vertretungen für die Darstellung ihrer Angebote einzuladen.
- Im formalen Bereich des Übertrittsverfahrens in das Kurzzeitgymnasium wurde ebenfalls eine rechtliche Norm geschaffen, um eine Aufnahme in den gewählten Schultyp zu verweigern, falls beim Zuweisungsentscheid die vorgegebenen Kriterien nicht beachtet wurden.

5. Situation der Untergymnasien

a. Einleitung

Der Kanton Luzern kennt grundsätzlich zwei Wege zur gymnasialen Maturität; der eine führt im Anschluss an die Primarschule über das sechsjährige Langzeitgymnasium (LZG), der andere nach der Sekundarstufe I über das vierjährige Kurzzeitgymnasium (KZG). Der Weg über das Langzeitgymnasium hat im Kanton Luzern die längere Tradition. Der Übertritt aus der Sekundarstufe I der Volksschule ins Gymnasium ist grundsätzlich schon lange möglich. Er war aber ursprünglich eher die Ausnahme und erfolgte in der Regel nach bestandnem Aufnahmeverfahren einzelner übertretender Lernender durch deren Integration in eine Klasse des Langzeitgymnasiums.

Im Hinblick auf die Gymnasialreform der späten 1990er-Jahre beschloss der Kantonsrat, in Ergänzung zu den bisherigen Langzeitgymnasien zusätzlich Kurzzeitgymnasien zu schaffen. Im Anschluss an die 2. oder 3. Sekundarklasse sollten die übertretenden Lernenden in eigenen Klassen innert vier Jahren zur Maturität geführt werden. Ab 1999 wurden im Kanton Luzern Kurzzeitgymnasien eingeführt, und zwar an den Kantonsschulen Hochdorf, Luzern/Alpenquai, Reussbühl, Schüpfheim, Sursee und Willisau sowie in Hitzkirch und Luzern/Musegg, wo die bisherigen Seminare in Kurzzeitgymnasien umgewandelt wurden. Seit der flächendeckenden Einführung der Niveaugruppen an der Sekundarstufe I führt der Weg ans Kurzzeitgymnasium ausschliesslich über das Niveau A der Sekundarschule. Dieser Weg wird unter Punkt 7 näher beschrieben.

b. Standorte und Schülerzahlen

Der Kanton Luzern bietet Untergymnasien an sechs verschiedenen Standorten dezentral an: in Baldegg, Beromünster, Luzern/Alpenquai, Reussbühl, Sursee und in Willisau. Allein die Kantonsschulen Luzern/Musegg, Schüpfheim und das Gymnasium St. Klemens führen ausschliesslich ein Kurzzeitgymnasium; schulisch begabte Lernende aus dem Entlebuch besuchen nach der Primarschule in der Regel das Niveau A der Sekundarschule. Die Entwicklung der Schülerzahlen an den Luzerner Untergymnasien der letzten zehn Jahre zeigt eine hohe Stabilität: Sie bewegen sich zwischen 1500 und 1600 Lernenden (2008: 1585). Das grösste Untergymnasium befindet sich an der Kantonsschule Luzern (2008: 618), das kleinste in Beromünster (2008: 117).

Die Stabilität des Untergymnasiums bezüglich der Schülerzahlen zeigt sich ebenfalls in den Übertritten von der Primarschule ins Langzeitgymnasium. Seit Mitte der 1990er-Jahre schwankt die Übertrittsquote zwischen 15 und 19 Prozent. Die aktuelle Quote (2008) und diejenige vor zehn Jahren (1998) weisen in etwa den gleichen Wert auf.

c. Übertritt und Profil

Lernende, welche die Volksschule mit grossem Lernerfolg durchlaufen, können am Ende der Primarschule aus zwei verschiedenen Bildungsangeboten auswählen. Sie können sich für das Untergymnasium oder für die kommunale Sekundarstufe I Niveau A entscheiden. Voraussetzung für diese Wahl ist ein Notendurchschnitt in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Mensch und Umwelt von 5,2 (Richtwert) in den Semestern während des Übertrittsverfahrens. Ein Notendurchschnitt von 5,0 (Richtwert) berechtigt zum Eintritt in das Niveau A der Sekundarschule. Da das Untergymnasium und das Niveau A der Sekundarschule grundsätzlich das Tor zu allen Schullauf-

bahnen offen lassen, entscheiden sich die Lernenden und ihre Erziehungsberechtigten am Ende der Primarschulzeit einerseits aufgrund des künftigen Ausbildungsziels, andererseits aufgrund der subjektiv empfundenen Attraktivität der Bildungsangebote für einen bestimmten Weg. Dabei spielen Kriterien wie zum Beispiel die Schulqualität, das Prestige der Schule, die Wertorientierung und die Bildungsvorstellungen der Erziehungsberechtigten und der Lernenden oder die Länge des Schulwegs eine wichtige Rolle.

Der Unterschied zwischen Untergymnasium und Niveau A der Sekundarschule lässt sich wie folgt beschreiben: Das Untergymnasium wird nicht an der kommunalen Sekundarschule, sondern am Ort des Langzeitgymnasiums besucht. Sein Lehrplan ist Bestandteil des Langzeitgymnasiums und daher auf die Anforderungen des Obergymnasiums abgestimmt. Die Lernenden streben grundsätzlich eine akademische Bildung an und bilden bezüglich ihrer angestrebten Bildungslaufbahn eher eine homogene Gruppe. Das Untergymnasium stellt deshalb auch eine Form der Begabtenförderung dar. Das Lerntempo ist am Untergymnasium in der Regel höher. Im Niveau A der Sekundarschule sind die Lernenden bezüglich der angestrebten Bildungslaufbahnen gemischer. Ein Unterschied zwischen den beiden Schultypen zeigt sich ferner in der Ausbildung der Lehrpersonen und in der Organisation des Unterrichts: Der Unterricht im Untergymnasium ist als Fachunterricht konzipiert und wird in der Regel von Fachlehrpersonen mit einem gymnasialen Lehrdiplom erteilt. Dies ermöglicht es, diese Lehrpersonen auch im Obergymnasium einzusetzen.

d. Optimierte Nahtstelle Primarstufe - Sekundarstufe I

Im Mai 2005 erteilte das Bildungs- und Kulturdepartement einer kantonalen Arbeitsgruppe den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen der Volksschule und dem Gymnasium im Allgemeinen und die Übertrittsverfahren im Besonderen zu optimieren. Die wichtigsten Ergebnisse und Massnahmen in Bezug auf die Übertrittsverfahren sind in Kapitel IV dargestellt. Im Rahmen dieses Projekts wurden folgende weitere Aspekte der Nahtstelle Primarschule - Sekundarstufe I analysiert: Lehrpläne, Stundentafeln und Lehrmittel. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Lehrpläne der Primarschule und der kommunalen Sekundarstufe I grundsätzlich mit den lang- und kurzzeitgymnasialen Lehrplänen harmonisieren. Es konnten keine nennenswerten Divergenzen ausgemacht werden. Auch der Vergleich der Stundentafeln zeigte keinen kurzfristigen Handlungsbedarf. Mit den Änderungen im Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe (Einführung von Englisch ab der 3. Klasse) ist aber eine Harmonisierung zwischen den beiden Schultypen angezeigt. Auch die Analyse der Lehrmittel der verschiedenen Fächer zeigte keine grösseren Probleme; allein in den Fächern Mathematik und in den Fremdsprachen bestand weiterer Koordinationsbedarf.

e. Wahlmöglichkeiten am Untergymnasium

Auch im Bereich der Wahlmöglichkeiten gibt es Unterschiede zwischen dem Untergymnasium und dem Niveau A der Sekundarschule. Am Untergymnasium wird mit dem Schienenfach im zweiten Jahr ein erster Schwerpunkt gesetzt. Die Lernenden entscheiden sich zwischen einem eher naturwissenschaftlich-technischen und einem eher sprachlichen Profil mit Latein. In der zweiten Klasse des Untergymnasiums entscheiden sich die Lernenden für das Schwerpunktfach, welches ihrem weiteren Bildungsweg einen individuellen Akzent verleiht. Die Bedeutung des Schwerpunktfaches ist aber nicht mehr so gross wie jene der früheren Maturitätstypen. Das Schwerpunktfach startet in der dritten oder vierten Klasse des Langzeitgymnasiums.

6. Anschlusslösung Sekundarstufe I - Gymnasialbildung

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, in die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) einzutreten. Die erste Möglichkeit ist der Weg über das Untergymnasium. Dieser Fall wird hier nur kurz erwähnt, weil er insofern eine nahtlose Verbindung sicherstellt, als der Übergang in der Regel an der gleichen Schule in der gleichen Klasse erfolgt und für die Lernenden keinen bedeutsamen Schritt darstellt. Einzelne Schulwechsel sind nötig, wenn ein Schwerpunktfach gewählt wird, das an der Schule nicht angeboten wird. In die gymnasiale Oberstufe des Langzeitgymnasiums tritt ein, wer die kantonalen Promotionsbedingungen am Ende des Semesters erfüllt.

Der andere Weg führt über das Niveau A der Sekundarschule ins Kurzzeitgymnasium. Seit dem Schuljahr 1999/2000 werden im Kanton Luzern Kurzzeitgymnasien an sieben Standorten dezentral angeboten: in Luzern/Musegg, Reussbühl, Baldegg, Sursee, Willisau, Schüpfheim und am Privatgymnasium St. Klemens/Ebikon. Das Kurzzeitgymnasium dauert vier Jahre beziehungsweise fünf Jahre für die Sport- und Musikklassen. Es schliesst an den Lehrplan und die Lernziele der 2. Klasse der Sekundarschule an. Das Kurzzeitgymnasium wird mit der Maturität abgeschlossen. Es vermittelt eine vertiefte Allgemeinbildung und bereitet auf das Studium an einer Universität, einer eidgenössischen Technischen Hochschule, einer pädagogischen Hochschule oder auf bestimmte Studiengänge an Fachhochschulen vor.

Wie der Übertritt von der Primarschule in die Sekundarstufe I ist der Übertritt ins Kurzzeitgymnasium auf Verordnungsstufe geregelt. Der Eintritt ins Kurzzeitgymnasium setzt das Bestehen des Übertrittsverfahrens im ersten Semester des Schuljahrs vor dem geplanten Übertritt voraus. Der Übertritt ins Kurzzeitgymnasium war Gegenstand des kantonalen Projekts zur Optimierung der Nahtstelle Sekundarschule - Kurzzeitgymnasium und wurde im Rahmen dieses Projekts in verschiedener Hinsicht optimiert.

Als Aufnahmebedingung ins Kurzzeitgymnasium gilt ein Notendurchschnitt von 4,7 am Ende des 1. Semesters in der 2. beziehungsweise in der 3. Klasse des Niveaus A der Sekundarschule. Dieser Notendurchschnitt wird aus folgenden drei Noten ermittelt:

- aus der Durchschnittsnote der Fächer Deutsch, Französisch und Englisch,
- aus der Note im Fach Mathematik,
- aus der Durchschnittsnote der Fächer Geografie, Geschichte und Naturlehre.

Mit diesem Notendurchschnitt wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Lernenden des Niveaus A bereits ein Übertrittsverfahren am Ende der Primarschule durchlaufen haben, in dem sie den hohen Notendurchschnitt von 5,0 erreichen mussten.

Für den Entscheid, ob die Lernenden die Anforderungen für einen Übertritt an das Kurzzeitgymnasium erfüllen, werden neben den Zeugnisnoten folgende weitere Grundlagen beigezogen:

- die Erfüllung der Lernziele der 2. Klasse der Sekundarschule gemäss Selbsteinschätzung durch die Lernenden und der Fremdeinschätzung durch die Lehrpersonen mit Hilfe des Beurteilungsbogens;
- die Selbsteinschätzung der Lernenden und die Fremdeinschätzung durch die Lehrperson bezüglich der im Beurteilungsbogen aufgeführten Fähigkeiten der Selbst-, Sozial- und Lernkompetenz;
- die aus dem Beurteilungsbogen ersichtliche Leistungsentwicklung, die Überlegungen der Lernenden zur Laufbahnwahl und das Gespräch zwischen den am Entscheid beteiligten Personen.

Die Lernenden setzen sich mit möglichen Alternativen zur gewünschten Laufbahn auseinander, prüfen deren Anforderungen und Möglichkeiten und vergleichen sie mit den eigenen Fähigkeiten und Wünschen. Gegen Ende des Übertrittsverfahrens stellen die Lernenden ihre Überlegungen zur Laufbahnwahl schriftlich dar, nennen dabei die Motive für die gewünschte Laufbahn, zeigen geprüfte und allenfalls verworfene Ausbildungsmöglichkeiten auf und nennen Alternativen zum primär gewünschten Weg. Gleichzeitig entscheiden sie sich für das entsprechende Kurzzeitgymnasium und den Schulort. Eine bewusste Wahl ist hier insofern nötig, als sich die Kurzzeitgymnasien hinsichtlich ihres Angebots an Schwerpunktfächern unterscheiden.

Seit ihrer Einführung haben die Eintritte in die Kurzzeitgymnasien des Kantons Luzern zugenommen. Der Höchststand an Übertritten wurde im Jahr 2007 mit fast 400 Lernenden erreicht. Diese Zahl entspricht gut der Hälfte der Lernenden, die am Ende der Primarschule jeweils ins sechsjährige Gymnasium übertreten. Das stärkste Wachstum zählte die Kantonsschule Musegg, die aus dem ehemaligen Lehrerseminar entstanden ist. Im Jahr 2000 verzeichnete die Kantonsschule Musegg noch 90 Lernende, 2008 waren es bereits 570.

Den Lernenden steht es offen, nach der 2. oder nach der 3. Sekundarklasse ins Kurzzeitgymnasium zu wechseln. Im Verlaufe der letzten Jahre haben die Lernenden, die bereits nach der 2. Sekundarklasse wechseln, leicht zugenommen. Momentan beträgt ihr Anteil etwas über 30 Prozent.

7. Anschlusslösungen Sekundarstufe I - Berufsbildung

Fast drei Viertel aller Jugendlichen wechseln nach Abschluss der Sekundarstufe I in die Berufsbildung. Im Kanton Luzern sind das jährlich rund 4300 Jugendliche. Die Berufsbildung ermöglicht ihnen den Einstieg in die Arbeitswelt und vermittelt die zur Ausübung eines Berufes notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse. Die Ausbildung in Betrieb und Berufsfachschule, bekannt als duale Lehre oder berufliche Grundbildung, ist die häufigste Form der Berufsbildung. Über 200 Lehrberufe stehen zur Wahl.

Die Berufsbildung ist stark arbeitsmarktbezogen. Sie orientiert sich an tatsächlich nachgefragten Berufsqualifikationen und sorgt für den Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften. Durch diesen direkten Bezug zur Arbeitswelt weist die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine der tiefsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten auf.

Die Berufsbildung ist Basis für lebenslanges Lernen und öffnet eine Vielzahl von Berufsperspektiven. Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt setzen sich gemeinsam für eine qualitativ hochstehende Berufsbildung ein und streben ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen an.

Die Ausbildungsangebote im Einzelnen

Zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest

Die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest ermöglicht vorwiegend schulisch schwächeren Jugendlichen einen anerkannten Abschluss mit einem eigenständigen Bildungsprofil. Im Lehrbetrieb, in der Berufsfachschule und in den überbetrieblichen Kursen werden spezifische und einfachere berufliche Qualifikationen vermittelt. Nach Abschluss der zweijährigen Grundbildung kann – je nach Möglichkeit des Berufsfelds – eine drei- oder vierjährige berufliche Grundbildung besucht werden.

Anlehre (auslaufend)

Im neuen Berufsbildungsgesetz wird die Anlehre durch die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest abgelöst. Im Gegensatz zur Anlehre, bei der nach einem individuell gestalteten Programm ausgebildet wird, durchlaufen die Absolventinnen und Absolventen einer zweijährigen beruflichen Grundbildung eine standardisierte Bildung. In einem Berufsfeld werden noch so lange Anlehren angeboten, bis eine Verordnung für eine zweijährige berufliche Grundbildung in Kraft ist. Danach wird in diesem Berufsfeld keine Anlehre mehr bewilligt.

Drei- oder vierjährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis

Die meisten Jugendlichen entscheiden sich für diese Form der beruflichen Grundbildung in einem Lehrbetrieb, besser bekannt als duale Lehre. Je nach Beruf besuchen die Lernenden an ein bis zwei Tagen pro Woche die Berufsfachschule und blockweise die überbetrieblichen Kurse. Die praktische Ausbildung findet während drei bis vier Tagen im Betrieb statt.

Eidgenössische Berufsmaturität

Mit der eidgenössischen Berufsmaturität wird die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis mit einer erweiterten Allgemeinbildung ergänzt. Die Berufsmaturität ermöglicht den prüfungsfreien Zugang zu den Fachhochschulen. Mit einer Ergänzungsprüfung können Inhaberinnen und Inhaber der Berufsmaturität ausserdem prüfungsfrei in alle Universitäten und eidgenössischen Hochschulen eintreten. Die eidgenössische Berufsmaturität kann lehrbegleitend oder im Anschluss an die berufliche Grundbildung erworben werden.

Schulische Vollzeitangebote

Es ist möglich, einen Abschluss der beruflichen Grundbildung auch in einem schulischen Vollzeitangebot zu erwerben. Dabei kann es sich um ein öffentliches Angebot (zum Beispiel Fach- und Wirtschaftsmittelschulen) handeln. In der Regel besuchen die Jugendlichen während dreier Jahre die Schule und erreichen damit in der Allgemeinbildung das Niveau der Berufsmaturität. Das Berufsmaturitätszeugnis erhalten sie, wenn sie nach einem Jahr beruflichem Praktikum auch das Fähigkeitszeugnis erworben haben.

Für den Übergang zwischen Volksschule und Berufsbildung ist (mit)entscheidend, dass die Jugendlichen ihre Berufswahl sorgfältig treffen. Für die Gestaltung dieser schwierigen Phase zwischen dem 7. und 9. Schuljahr besteht ein sogenannter Berufswahlfahrplan, der die Rollen und Aufgaben der verschiedenen Partner festlegt und Lehrpersonen sowie Jugendliche bei der Berufswahlvorbereitung begleitet. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung bietet eine ganze Palette an Informations- und Beratungsleistungen für die Jugendlichen an. Die Lehrpersonen der Sekundarstufe I brauchen definierte Zeitgefässe, um ihre Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildung vorzubereiten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Berufswahlvorbereitung angesichts der dichten übrigen Lernziele zu kurz kommt.

Nicht alle Jugendlichen schaffen nach der Volksschule den direkten Einstieg ins Berufsleben. Die Gründe dafür können vielfältig sein. Manche Jugendliche sind wegen fehlender Reife oder ungenügendem schulischem Rucksack nicht in der Lage, unmittelbar eine berufliche Grundbildung zu beginnen. Andere wiederum können sich noch nicht für einen Beruf entscheiden oder finden keine Lehrstelle. Jährlich entscheiden sich rund 6 bis 8 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger für eine selber organisierte Zwischenlösung (zum Beispiel Sozialjahr, Au-pair usw.).

Brückenangebote

Für Jugendliche, die am Ende der obligatorischen Schulzeit trotz Bemühungen keine nachhaltige Anschlusslösung gefunden haben, führt der Kanton Luzern ein Zentrum für Brückenangebote mit folgenden drei Angebots-Typen:

- Das *Schulische Brückenangebot (SBA)* beinhaltet allgemeinbildenden und berufsvorbereitenden Unterricht. Die Jugendlichen besuchen an fünf Tagen pro Woche die Schule.
- Das *Kombinierte Brückenangebot (KBA)* legt das Schwergewicht auf ein betriebliches Praktikum, das an vier Tagen in der Woche besucht und durch einen Tag allgemeinbildenden Unterricht ergänzt wird.

- Die *Integrations-Brückenangebote (IBA)* eignen sich für Jugendliche, die seit höchstens vier Jahren in der Schweiz sind. Dieses Angebot beinhaltet einen sozio-kulturell integrierenden, allgemeinbildenden und berufsvorbereitenden Unterricht für Fremdsprachige.

Pro Jahr werden etwas über 500 Jugendliche in ein Brückenangebot aufgenommen. Dies entspricht rund 12 Prozent eines Jahrgangs. Die Erfolgsquote der Brückenangebote ist ausserordentlich hoch: je nach Angebot finden zwischen 80 und 95 Prozent der Absolventinnen und Absolventen nach einem Jahr einen Ausbildungsplatz.

In den vergangenen Jahren konnte die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung durch intensiviertes Lehrstellenmarketing und in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Berufsbildung markant steigern. Dadurch hat sich die Lehrstellensituation merklich entspannt, und für die grosse Mehrzahl der Jugendlichen standen adäquate Anschlusslösungen zur Verfügung.

8. Strukturen der Sekundarstufe I in anderen Kantonen

Die Sekundarstufe I ist in den verschiedenen Kantonen ganz unterschiedlich strukturiert. Die Dauer beträgt in den meisten Kantonen drei Jahre, doch gibt es noch mehrere Kantone mit einer vier- beziehungsweise fünfjährigen Sekundarstufe I. Es gibt folgende Modellvarianten:

- Kantone mit einem Modell und zwei bis drei (zum Beispiel St. Gallen, Tessin) beziehungsweise vier bis fünf Anforderungsstufen (zum Beispiel Aargau, Basellandschaft, Freiburg, Solothurn, Zug),
- Kantone mit zwei Modellen und zwei bis drei (zum Beispiel Wallis, Schwyz) beziehungsweise vier bis fünf Anforderungsstufen (zum Beispiel Glarus, Graubünden, Waadt),
- Kantone mit drei Modellen und zwei bis drei (zum Beispiel Nidwalden, Obwalden, Thurgau) beziehungsweise drei bis vier Anforderungsstufen (Luzern, Uri),
- Kantone mit vier Modellen und drei bis fünf Anforderungsstufen (zum Beispiel Bern, Zürich).

In einzelnen Kantonen sind zusätzlich noch Ausnahmen und Wahlmöglichkeiten in den einzelnen Schulen möglich. Zudem kann in einzelnen Kantonen das Modell relativ rasch von Schuljahr zu Schuljahr angepasst werden, was wiederum zu neuen Unterformen führen kann.

Bezüglich des Ausmasses an äusserer Differenzierung der Sekundarstufe I ist der Kanton Luzern mit den Kantonen Bern, Uri und Zürich vergleichbar. Als Kanton mit nur einem Grundmodell kann zum Beispiel der Kanton St. Gallen genannt werden. Andere Kantone (zum Beispiel Thurgau) sehen die Einführung eines einheitlichen Grundmodells vor.

III. Evaluationsergebnisse

1. Ergebnisse der Evaluation 2008

a. Ausgangslage

Die durch das Projekt «Weiterentwicklung der Sekundarstufe I» ausgelösten Veränderungen erreichten im Schuljahr 2007/08 die letzten Klassen der dritten Sekundarstufe I. Damit war die Umsetzungsphase des Projekts abgeschlossen.

Am 16. Juli 2007 beauftragte die Dienststelle Volksschulbildung deshalb nach einer öffentlichen Ausschreibung das Institut für Schule und Heterogenität (ISH) der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) mit der Evaluation des Projekts «Weiterentwicklung der Sekundarstufe I».

b. Evaluationsverfahren

Mit einer repräsentativen schriftlichen Erhebung (Stichprobe mit 3488 Antwortgebenden), mehreren Fokusgesprächen und einer Analyse von regelmässig erhobenen Daten zur Durchlässigkeit wurde die Sekundarstufe I im Kanton Luzern evaluiert. Im Fokus standen das neu geschaffene Leistungsniveau A (mit erweiterten Anforderungen), das typengetrennte, das kooperative und das integrierte Schulmodell sowie verschiedene Neuerungen auf der Unterrichtsebene. Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen der Sekundarstufe I, Schulleitungen, Eltern, Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I sowie weitere Akteure wie Schulpflegen und Abnehmer (Berufsschulen, Kurzzeitgymnasium) wurden in die Untersuchung einbezogen. Erhebungen im Klassenzimmer und das Erfassen von Lernleistungen wurden bewusst ausgeklammert. Die Rücklaufquoten der schriftlichen Befragung waren sehr hoch: Schulleitungen 98 Prozent, Lehrpersonen 65 Prozent, Lernende 94 Prozent, Eltern 70 Prozent, Sek-Absolventen 53 Prozent.

c. Ergebnisse

Akzeptanz und Zufriedenheit. Im Allgemeinen ist die Akzeptanz der Sekundarschule bei Eltern, Lehrpersonen und Schulleitungen recht hoch. Die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung und der persönlichen Ansicht ist sehr klein. Die befragten Personen befürworten die Durchlässigkeit der Sekundarstufe I. Die damit verbundenen Reformen werden trotz teilweise grosser Streuung von allen Beteiligten grossmehrheitlich begrüsst.

Das kooperative Modell erhielt die beste Gesamtbeurteilung, vor allem von Seiten der Eltern, gefolgt von der integrierten und der typengetrennten Sekundarstufe I.

Besonders geschätzt werden die Möglichkeit der Niveaudifferenzierung in den kooperativen und integrierten Sekundarschulen sowie die Möglichkeit, das Kurzzeitgymnasium zu besuchen. Die Gestaltung des 9. Schuljahres erhält gute Noten (Projektunterricht, Abschlussarbeit, Wahl- und Pflichtfachangebot). Nicht so wichtig ist den befragten Akteuren insgesamt die Möglichkeit, ihr Schulmodell selber zu wählen. Die Tatsache, dass jede Gemeinde ihr Schulmodell selber wählen kann, nehmen Eltern, Lehrpersonen und die Teilnehmer der Fokusgespräche eher kritisch auf.

Wissen über Neuerungen. Eltern, Lernende auf dem Niveau A sowie Befragte aus bildungsnahen Familien haben stärker das Gefühl, über die Neuerungen informiert zu sein und die Unterschiede zwischen den Modellen zu kennen. Bei den Erziehungsberechtigten besteht ein falsches Sicherheitsgefühl bezüglich ihrer Kenntnisse, eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Wissen über die Sekundarschulmodelle und ihrer Überzeugung, was sie über die Modelle wissen.

Motivation der Lernenden. Die Art des Schulmodells zeigt mit Ausnahme einzelner Motivationsaspekte allgemein keinen Zusammenhang mit der Lernmotivation der Lernenden. Eine hohe Niveauezuteilung der Lernenden in den Stammklassen geht mit einer günstigeren Lern- und Leistungsmotivation einher. Im integrierten Modell wurde bei den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern eine stärkere Neigung zur Arbeitsvermeidung festgestellt als in den anderen Modellen. Die Eltern nehmen die Motivation in einem positiveren Licht wahr als die Lehrpersonen. Weiter ist die Tendenz feststellbar, dass männliche Lernende mit Migrationshintergrund aus bildungsferneren Familien dazu neigen, in der Schule vor allem extrinsisch motiviert zu lernen, das heisst, der Lernanreiz wird durch die Erwartung auf eine Belohnung bewirkt.

Realisierbarkeit. Insgesamt wird eine leichte Verschlechterung der Realisierbarkeit wahrgenommen, wobei Lehrpersonen die Realisierbarkeit positiver beurteilen als die Schulleitungen. Die Verschlechterung ist bezüglich Übertritt und Absprachen zwischen Lehrpersonen am grössten. Die Hauptprobleme liegen bei der Stunden- und Pensenplanung, den Klassengrössen, der Koordination zwischen den Lehrpersonen, der Raumbelegung und Infrastruktur. Die Schulleitungen und die Lehrpersonen aus kooperativen und integrierten Sekundarschulen beschreiben den steigenden organisatorischen und administrativen Aufwand bezüglich der Wahl- und Pflichtangebote und die Belegung der Räume als Verschlechterung. Der reduzierte Kontakt zwischen Klassenlehrperson und Lernenden aufgrund komplexer Stundenpläne und vielen Lehrpersonen pro Klasse wird als unbefriedigend empfunden.

Lehrpersonen und Schulleitungen wünschen sich eher eine Vereinfachung der Modelle, Schulpflegen und Vertreter der Schulverwaltung eine Vereinheitlichung der Sekundarschule mit Einbezug regionaler Gegebenheiten.

Funktionalität der Schulen. Die Funktionalität der Schulmodelle auf der Sekundarstufe I ist im Allgemeinen gross. Zwischen den Schulmodellen sind keine gravierenden Unterschiede ersichtlich. Gewisse Akzentuierungen zeigen sich zum Beispiel hinsichtlich häufigerer Zusammenarbeit von Lehrpersonen in kooperativen Schulen als in anderen Modellen.

Die kooperativen Sekundarschulen sind mehrheitlich zufrieden mit den vier niveaugetrennt unterrichteten Fächern. Die integrierten Schulen hätten lieber sieben Niveaufächer statt deren fünf (zusätzlich Geografie, Italienisch, Geschichte, aber gemäss einer Mehrheit der Lehrpersonen ohne Englisch). Das Schulmodell spielt für die Vorbereitung auf das berufliche Leben nach der Sekundarstufe I keine Rolle. Die Berufswahlvorbereitung wird in allen Sekundarschulen für gut befunden. Allgemein fühlen sich die Schüler des Niveaus C jedoch besser auf die Berufswahl vorbereitet.

Unterrichtsgestaltung. In integrierten Schulen sowie auf den Niveaus C und D wird signifikant mehr binnendifferenziert unterrichtet als in den anderen Modellen oder Leistungsniveaus. Weiter wird in integrierten Schulen weniger Frontalunterricht erteilt, dafür mehr Werkstatt- und Planunterricht als in den anderen beiden Schulmodellen. Die diagnostische Kompetenz der Lehrpersonen und die motivierende Unterstützung der Lernenden sind im Niveau C am höchsten.

Unabhängig vom Schulmodell haben Lernende des Niveaus A eine positivere Einstellung zur Schule und zum Lernen als jene aus dem Niveau D.

Schulleitungen äussern teilweise den Wunsch nach einem einheitlichen pädagogischen Bogen vom Kindergarten (oder Basisstufe) bis zur Sekundarstufe I.

Durchlässigkeit. Die Möglichkeit der Kombination von Stammklassen- und Niveaufachwechsel führt zu einer erhöhten Flexibilität, was die Adaptation der Lernanforderungen an die Leistungsmöglichkeiten der Lernenden anbelangt. Auf 100 Lernende in kooperativen Schulen passieren knapp 10 Wechselvorgänge (9,8%), in typengetrennten Schulen etwa fünfmal weniger (1,9%), in integrierten Schulen 7,6 Prozent. Die integrierten Sekundarschulen weisen zudem im Gegensatz zu den Schulen der beiden anderen Modelle etwa doppelt so viele Auf- wie Abstufungen aus.

Modell- und Niveaueffekte. Bei den pädagogisch zentralen Gesichtspunkten (Motivation und schulische Einstellung von Schülerinnen und Schülern) sind zwischen den Sekundarschulmodellen keine signifikanten Unterschiede feststellbar:

- Die Zufriedenheit der Erziehungsberechtigten bezüglich Kooperation Eltern - Schule unterscheidet sich nicht bei den verschiedenen Schulmodellen.
- Die Modelle unterscheiden sich bezüglich Motivation und Unterstützung der Lernenden.
- Gemäss Einschätzung der Lernenden und der Absolventen aller Schulmodelle gibt es keine Divergenzen bezüglich Einstellung zu Schule und zum Lernen.

Modelleffekte

- *Zusammenarbeit.* Im kooperativen Modell sind Absprache und Kooperation unter den Lehrpersonen am grössten.
- *Anzahl Lehrpersonen.* In integrierten Schulen steht den Lernenden durchschnittlich eine Lehrperson mehr gegenüber als in den beiden anderen Schultypen.
- *Unterrichtsgestaltung.* Im integrierten Modell bieten Lehrpersonen signifikant häufiger Aufgaben mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus an. In kooperativen und typengetrennten Schulen findet mehr Frontalunterricht statt als in integrierten Schulen.
- *Lernmotivation.* Die leistungsschwächsten Lernenden integrierter Schulen weisen signifikant weniger intrinsische (von innen kommende) Lernmotivation auf als jene in den beiden anderen Schulmodellen.

- *Machbarkeit.* Die Modellarten unterscheiden sich in organisatorisch-administrativer Hinsicht. Schulleitungen und Lehrpersonen kooperativer und integrierter Schulen nehmen das Übertrittsverfahren, die Organisation der Wahl- und Pflichtfächer und die Belegung der Räume hinsichtlich der Machbarkeit problematischer wahr.

Niveaueffekte

- *Unterrichtsgestaltung.* Im Bereich des Unterrichts zeigen sich im Niveau C durchgehend positivere Werte bezüglich der diagnostischen Kompetenz und motivierenden Unterstützung der Lehrperson wie auch der Binnendifferenzierung. Die Niveaus B und D stehen diesbezüglich eher auf der negativeren Seite, während das Niveau A durchschnittliche Werte aufweist. Auch bezüglich motivierender Unterstützung und Berufswahlvorbereitung vergeben die Lernenden auf dem Niveau C ihren Lehrpersonen bessere Noten.
- *Motivation und schulische Einstellung.* Die Motivation und die positive schulische Einstellung der Lernenden werden eindeutig durch das Stammniveau beeinflusst. Das Niveau A zeigt die für Schulerfolg günstigsten Voraussetzungen in Motivation und schulischer Einstellung. Diese Kombination verschlechtert sich stufenweise und erreicht beim Niveau D den Tiefpunkt.

d. Handlungsempfehlungen

Stufe Kanton

- Reduktion der *Modellvielfalt* auf der Sekundarstufe I prüfen:
 - bei einer Reduktion der Modellzahlen das kooperative Modell favorisieren,
 - Anzahl Niveaufächer in integrierten Schulen prüfen,
 - Durchlässigkeit in typengetrennten Schulen erhöhen.
- Die *Schnittstellenproblematik* zwischen der Sekundarstufe I und den weiterführenden Schulen angehen:
 - Wahlmöglichkeiten im 9. Schuljahr besser auf die Bedürfnisse der Abnehmer-schulen abstimmen,
 - Beratung der Lernenden bezüglich der Wahlfächer und die Kommunikation über die Wahlfachpalette nach innen und nach aussen verbessern.
- Vermehrte *Hilfestellung im Bereich neuer Formen des Unterrichts* bieten:
 - Angebote zur Weiterentwicklung des Unterrichts bereitstellen (Binnendifferenzierung, Umgang mit Heterogenität),
 - Lehrmittel für binnendifferenzierten Unterricht bereitstellen.

Stufe Schulen

- den Austausch zwischen den Niveaus verbessern mit dem Ziel, mangelnde Lehrkompetenzen zu beheben (Diagnosekompetenz),
- niveauspezifische Besonderheiten gezielt angehen,
- bildungsferne Elternhäuser systematisch einbeziehen,
- Neuerungen dosiert in den Schulen umsetzen und in Ausrichtung, Zeitpunkt und Kadenz mit Schulträgern, Schulleitungen und Lehrpersonen abgleichen.

Stufe Lehrpersonen

- mit neuen Herausforderungen umgehen,
- die Perspektive der Lehrpersonen in die jeweils aktuellen Gestaltungsprozesse frühzeitig einbeziehen,
- frühe Auseinandersetzung sowie aktive Mitsprache und Mitgestaltung an Veränderungsprozessen der Schule,
- Unterrichtsprozesse auch künftig gemäss den Zielen der Sekundarstufe I und eigenen Schwerpunktsetzungen reflektieren und systematisch weiterentwickeln,
- für die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler sensibel sein.

2. Erkenntnisse aus den Pisa-Leistungsmessungen

Für den Kanton Luzern beziehungsweise die einzelnen Anforderungsstufen und Modelle der Luzerner Sekundarstufe I liegen keine Aussagen aus den Pisa-Leistungsmessungen vor, da der Kanton Luzern nicht mit einer genügend grossen Stichprobe an den Tests teilgenommen hat. Die Ergebnisse der Pisa-Auswertungen zeigen zunächst auch, dass kein Strukturmodell einfach nur Vorteile aufweist. Trotzdem können einige Hauptaussagen bezüglich der Strukturen der Sekundarstufe I abgeleitet werden. Die folgenden drei Hauptaussagen aus den Schweizer Testergebnissen lassen sich sinngemäss auch auf die Strukturen der Sekundarstufe I des Kantons Luzern übertragen:

- Die internationalen Pisa-Vergleiche zeigen, dass Länder mit einem wenig selektiven Schulsystem, in dem zum Beispiel auf der Sekundarstufe I nur ein Leistungszug geführt wird, die besseren Ergebnisse erzielen als Länder mit sehr früher Selektion und mehreren Schultypen auf der Sekundarstufe I.
- Die Pisa-Vergleiche zeigen, dass zwischen den verschiedenen Niveaus der Sekundarstufe I (inkl. Gymnasium) grosse Überschneidungen bei den Schülerleistungen bestehen. Eine nicht geringe Zahl von Lernenden tieferer Anforderungsstufen erbringen gleich gute oder bessere Leistungen als Schülerinnen und Schüler der höheren Anforderungsstufen.
- Die Pisa-Untersuchungen zeigen, dass leistungshomogene Lerngruppen nicht automatisch zu besseren Leistungen der Lernenden führen. Für die Begabten unter ihnen, die eine Lerngruppe oder Klasse mit hohem Leistungsniveau besuchen, sind sie aber eher von Vorteil. Leistungsschwächere Lernende dagegen lernen in homogenen Leistungsgruppen weniger. Das bewirkt bei leistungshomogenen Klassen, dass die Leistungsunterschiede innerhalb der ganzen Schülerschaft grösser werden.
- Die Pisa-Untersuchungen zeigen auch, dass die Lernenden der Niveaus C und D benachteiligt werden. Diese Klassen weisen in Bezug auf die Leistungen, aber auch in Bezug auf die soziale und kulturelle Herkunft der Lernenden eine zunehmend schwierige Zusammensetzung auf. Diese drückt auf die Leistungen und benachteiligt die Jugendlichen bei der Lehrstellensituation deutlich.

3. Fazit: Stärken und Schwächen

Aufgrund der verschiedenen Darstellungen, Erfahrungen und Evaluationen können der Luzerner Sekundarstufe I folgende Stärken zugeschrieben werden:

- Die Gemeinden können das von ihnen bevorzugte Modell wählen und zum Teil noch individuell ausgestalten. Das stärkt die Identifikation der Lehrpersonen, der Schulleitungen und der Schulbehörden mit ihrer Lösung.
- Die verschiedenen Einstiegsmöglichkeiten ins Langzeitgymnasium am Ende der 6. Primarklasse sowie ins Kurzzeitgymnasium am Ende der 2. und 3. Klasse der Sekundarstufe I sind sehr schülerfreundlich.
- Die Durchlässigkeit im kooperativen und im integrierten Strukturmodell ist für die Lernenden von Vorteil.
- Die Ausgestaltung des 9. Schuljahres erleichtert die gezielte Vorbereitung der Lernenden auf die Anforderungen der weiterführenden Schulen oder Berufsausbildungen.

Die entsprechenden Rückmeldungen und Auswertungen lassen aber auch folgende Schwächen erkennen:

- Die Vielfalt an Grundmodellen und die starke äussere Differenzierung mit insgesamt fünf Niveaus (inkl. Untergymnasium) wirken für die Erziehungsberechtigten und die Abnehmer im Berufsbildungsbereich sehr unübersichtlich. Die notwendige Transparenz ist auch mit vielfältigen Informationsmitteln nur schwer zu vermitteln.
- Die Modellvielfalt mit den verschiedenen Niveaus bereitet auch bei der Zuweisung Probleme; zudem stellen sich bei Wohnortswechseln Mobilitätsprobleme.
- Die Durchlässigkeit ist in den drei Modellen sehr unterschiedlich, beim getrennten Modell ist sie fast nicht vorhanden.
- Die Niveau-C- und vor allem die Niveau-D-Klassen stellen zunehmend Problemklassen dar, da die Zusammensetzung zunehmend ungünstig ist. Trotz hohem Engagement der Lehrpersonen sind die Jugendlichen dieser Klassen deshalb bei der Suche nach Anschlusslösungen vermehrt benachteiligt.

Bei der längerfristigen Weiterentwicklung der Sekundarstufe I gilt es, die aufgeführten Stärken so weit als möglich zu bewahren und die Schwächen zu beheben. Es müssen aber auch andere Entwicklungen berücksichtigt werden, die im folgenden Kapitel beschrieben werden.

IV. Wichtigste Entwicklungsaspekte

1. Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung beeinflusst die Ausgestaltung der Sekundarstufe I stark, denn gewisse Strukturmodelle benötigen eine minimale Zahl von Lernenden. Für die Sekundarstufe I sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung relativ lange im Voraus abzusehen, da die Kinder erst mit etwa zwölf Jahren in diese Stufe eintreten.

a. Geburtenzahlen

Nach einem relativen Höhepunkt zu Beginn der Neunzigerjahre (1992) mit 4482 Geburten haben diese anschliessend während zehn Jahren kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 2003 wurde im Kanton Luzern der Tiefststand mit 3369 Geburten erreicht. Seither bewegt sich diese Zahl im Bereich um 3500, wobei in den letzten drei Jahren wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen war. Im Jahr 2008 betrug die Geburtenzahl 3717.

b. Auswirkungen auf den Kindergarten und die Primarstufe

Die reduzierten Geburtenzahlen haben sich in den letzten Schuljahren bereits deutlich im Kindergarten und in der Primarschule ausgewirkt. So ist die Zahl der Lernenden im Kindergarten seit dem Schuljahr 2001/02 von 5984 auf 4513 im Schuljahr 2008/09 gesunken. Die Zahl der Kindergartenklassen reduzierte sich in diesem Zeitraum um 67 von 321 auf 254. Ein weiterer Rückgang ist nun nicht mehr zu erwarten, da einerseits die Geburtenzahlen nicht mehr zurückgegangen sind und andererseits die Gemeinden zunehmend ein zweites Kindergartenjahr freiwillig anbieten.

Diese rückläufige Entwicklung zeigt sich leicht verzögert auch in der Primarschule. So sind die Schülerzahlen seit dem Höchststand im Schuljahr 2002/03 mit 27 622 Lernenden bereits auf 24 839 gesunken. Bei den Klassenzahlen war der Rückgang ebenfalls deutlich spürbar, nämlich von 1384 im Schuljahr 2003/04 auf 1281 im Schuljahr 2008/09. Die Prognosen zeigen, dass ein weiterer Rückgang zu erwarten ist, und zwar bis zum Schuljahr 2012/13 auf etwa 22 500 Lernende. Anschliessend wird auch auf dieser Stufe eine Konsolidierung beziehungsweise ein leichter Anstieg zu verzeichnen sein. Bei den Klassenzahlen ist in diesem Zeitraum mit einem weiteren Rückgang um etwa 100 zu rechnen.

c. Auswirkungen auf die Sekundarstufe I der Volksschule

Die Entwicklung auf der Sekundarstufe I zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2005/06. Mit 12163 Lernenden wurde in diesem Schuljahr der Maximalbestand erreicht. Seither gehen die Zahlen wieder leicht zurück, wie sich auch bei den Klassenzahlen zeigt: Schuljahr 2005/06: 678; Schuljahr 2008/09: 654.

Die Prognosen zeigen eine fast gleichbleibende Zahl von Lernenden im Schuljahr 2009/10 (zirka 11 900). Anschliessend werden die Schülerzahlen über mehrere Jahre ziemlich konstant zurückgehen, bevor sie im Schuljahr 2013/14 den Tiefstand mit 9300 Lernenden erreichen. Ab dem Schuljahr 2014/15 kann mit einer Konsolidierung beziehungsweise einem leichten Anstieg gerechnet werden, weil dann die Jahrgänge ab 2002 in die Sekundarstufe I eintreten. Bezüglich der Klassenzahlen bedeutet dies in den Schuljahren 2010/11 bis 2013/14 eine Reduktion um etwa 100 Klassen.

d. Auswirkungen auf die Standorte der Sekundarstufe I

Die Entwicklung der Schülerzahlen hat natürlich Auswirkungen auf die Weiterführung der Standorte der Sekundarstufe I, da verschiedene Standorte deutlich weniger Lernende aufweisen werden. Die Auswirkungen sehen wie folgt aus:

- Von den 46 Gemeinden mit einer Sekundarstufe I könnten 11 Standorte mit dem getrennten Modell sowie 9 Standorte mit dem kooperativen und 3 Standorte mit integriertem Modell im bestehenden Rahmen weitergeführt werden.
- In 13 Schulkreisen (von 24) reicht die Zahl der Lernenden nicht mehr aus, um die Sekundarstufe I mit dem getrennten Modell zu organisieren. Diese Schulstandorte müssen ins kooperative oder integrierte Modell wechseln.
- In 7 Schulkreisen (von 16) mit dem kooperativen Strukturmodell wird die Zusammenlegung mit einem anderen Schulkreis nötig, damit die Sekundarstufe I ökonomisch sinnvoll geführt werden kann. Allenfalls kann an diesen Standorten die Führung im integrierten Modell als alternative Variante in Betracht gezogen werden.
- 3 Standorte mit dem integrierten Modell (von 6) müssen aufgehoben werden.

2. Lehrplan 21 und geplante Leistungsmessungen

Die Deutschschweizer Kantone haben 2006 beschlossen, einen gemeinsamen Lehrplan für die Volksschule zu erarbeiten. Ebenso sollen längerfristig gemeinsame Leistungsmessungen erarbeitet werden, damit eine interkantonal vergleichbare Überprüfung der Zielerreichung möglich wird.

a. Ausgestaltung

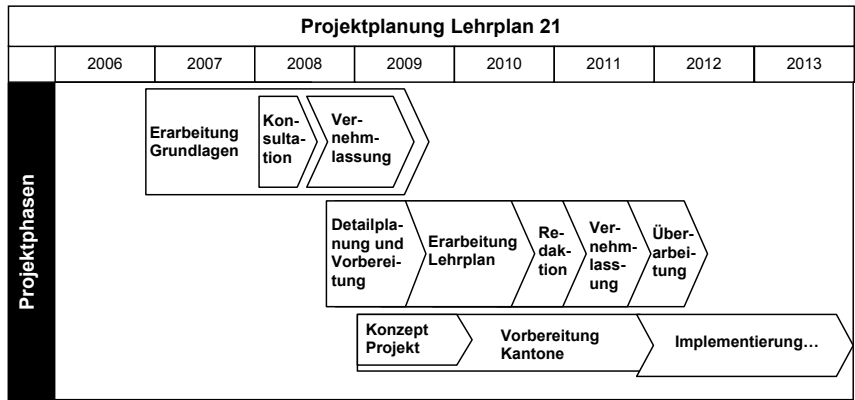
Der Lehrplan 21 unterscheidet Fachbereiche, fächerübergreifende Themen sowie überfachliche Fähigkeiten. Die Einteilung umfasst die folgenden fünf Bildungsbereiche:

- Sprachen,
- Mathematik und Naturwissenschaften,
- Sozial- und Geisteswissenschaften,
- Musik, Kunst und Gestaltung,
- Bewegung und Gesundheit.

Der kompetenzorientierte Lehrplan zeigt den Aufbau und die Entwicklung von Inhalten, Fähigkeiten und Kompetenzen auf. Davon ausgehend nimmt der Lehrplan eine Unterscheidung in zwei Leistungsniveaus vor. Damit soll den individuellen Leistungsfähigkeiten der Lernenden Rechnung getragen werden.

b. Projektplanung

Die Arbeiten am Lehrplan 21 haben vor zwei Jahren mit der Entwicklung der Grundlagen zur Konzeption begonnen. Ende Januar des laufenden Jahres sind diese Grundlagen in eine breite Vernehmlassung gegeben worden. Gegenwärtig werden die Stellungnahmen ausgewertet und die definitive Konzeption des Lehrplans entwickelt. Nach der Beschlussfassung durch die Plenarversammlung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz sollen die Lehrplanteile durch Lehrplanteams in enger Zusammenarbeit von Fachpersonen aus der Fachdidaktik mit Fachpersonen aus der Schulpraxis erarbeitet werden, und zwar bis Ende Dezember 2010. Anschliessend folgen eine Vernehmlassung und die Überarbeitung, sodass im Sommer 2012 der Lehrplan zur Einführung in den Kantonen zur Verfügung steht:



c. Leistungsmessungen

Im Anschluss an die Erarbeitung des Lehrplans 21 sollen wiederum gemeinsam Leistungsmessungen erarbeitet und umgesetzt werden. Diese werden in erster Linie zu jenem Zeitpunkt angesetzt, in dem Lehrplanteile abgeschlossen werden, also am Ende des vierten, achten und elften Schuljahres. Die Zielsetzung dieser Leistungsmessungen ist eine zweifache: Einerseits soll die Zielerreichung überprüft und im Hinblick auf die weiteren Lernwege der Schülerinnen und Schüler zur Förderplanung eingesetzt werden, andererseits soll für die nachfolgenden Schulstufen eine Basis für die Weiterarbeit gelegt werden. Es ist damit zu rechnen, dass die ersten Leistungsmessungen etwa im Schuljahr 2015/16 zur Verfügung stehen. Bis dahin sollen auf der Sekundarstufe I weiterhin die Stellwerktests am Ende des achten und neunten Schuljahres zum Einsatz gelangen.

3. Entwicklungen auf der Primarstufe

Veränderungen in der Gesellschaft kommen auch in der Schule zum Ausdruck. Heutige Kinder sind anders als die der vorangegangenen Generation. Wegen der Individualisierung der Gesellschaft und der Multikulturalität sind die Unterschiede zwischen den Kindern hinsichtlich der geistigen und körperlichen Entwicklung, der Interessen, der Bedürfnisse oder des sozialen Verhaltens erheblich grösser geworden. Die Pädagogik spricht hier von Heterogenität als wesentliches Merkmal von heutigen Schulgemeinschaften. Diese Heterogenität muss von der heutigen und künftigen Schule bewältigt und für das Lernen fruchtbar gemacht werden. Mit Jahrgangsklassen erweist es sich zunehmend als schwieriger, diese grosse Vielfalt aufzufangen. Geeigneter erweisen sich länger dauernde Lernzyklen mit hoher Kontinuität. Ein Zyklus umfasst mindestens die Lernziele von zwei bisherigen Schuljahren. Jedes Kind kann diesen Lernzyklus in einem ihm angemessenen Lerntempo durchlaufen. Wenn es die Ziele erreicht hat, verlässt es die Lerngruppe und steigt in den nächstfolgenden Zyklus ein. Was heute bereits vielfach der Fall ist, soll in Zukunft bewusst gefördert und für die optimale Bildung der Lernenden genutzt werden. Der jahrgangsgemischte Unterricht soll als solcher bewusst eingeplant werden. Allerdings spielt das Alter angesichts der vielfältigen Unterschiede zwischen den Kindern eine untergeordnete Rolle. Von Bedeutung ist der Lernstand jedes Kindes innerhalb des Zyklus und die Möglichkeit der Kinder, voneinander lernen zu können.

Insbesondere beim Übergang von der Familie in die obligatorische Schule ist die dargestellte Heterogenität von besonderer Bedeutung, weshalb längerfristig auch die Schulstrukturen überprüft werden müssen. So könnte dem einzelnen Kind mit einem längeren Lernzyklus eine individuelle Entwicklung besser ermöglicht werden. Ein Zweijahreskindergarten und ein anschliessender Zyklus, der die Ziele der ersten und zweiten Klasse beinhaltet – oder noch umfassender – ein einziger Zyklus, der beide Stufen enthält, könnte die Berücksichtigung des individuellen Lerntempos besser ermöglichen.

Besondere Beachtung finden bereits seit Mitte des letzten Jahrhunderts Kinder mit Lernschwierigkeiten. Je nach Schulsystem werden diese Kinder in besonderen Klassen unterrichtet (separative Förderung) oder in den Regelklassen heilpädagogisch unterstützt (integrative Förderung). In der separativen Förderung werden die Kinder nochmals in Gruppen unterteilt. Es bestehen heute Kleinklassen für Kinder mit Entwicklungsverzögerung, für Kinder mit Lernschwierigkeiten sowie für Kinder mit Verhaltensproblemen. Die Integrative Förderung (IF) hat sich in den letzten zehn Jahren zulasten der separativen Förderung in Kleinklassen stark verbreitet. Ursachen dafür sind:

- der Rückgang der Zahl der Lernenden, welcher viele Gemeinden zur Neuorganisation der Förderangebote veranlasst,
- die Ergebnisse der Forschung, die die Vorteile der integrativen Förderung in den letzten Jahren vermehrt hervorhebt,
- die von Fachkreisen und Interessengruppen in die Öffentlichkeit eingebrachte Forderung nach konsequenterer Integration.

Die Integration von bisher in den Kleinklassen unterrichteten Lernenden kann heute nicht mehr nur als heilpädagogisches Problem verstanden und angegangen werden. Diese Kinder machen einen wesentlichen Teil der Heterogenität der Klassen aus. Viele von ihnen haben ethnisch und kulturell einen uns eher fernstehenden Hintergrund, sind fremdsprachig oder sind in bildungsfernen Verhältnissen aufgewachsen. Eine integrative Förderung, die nicht allein heilpädagogisch, sondern unter dem Aspekt der Heterogenität ansetzt, kann die Wirksamkeit des Unterrichts verbessern.

Gestützt auf die Gleichstellung der Behinderten in der Bundesverfassung und in entsprechenden Gesetzen muss heute auch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in die Regelklassen genau geprüft werden. Die interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich, welche aufgrund des Rückzugs der Invalidenversicherung aus der Sonderschulung zur Koordination zwischen den Kantonen geschaffen wurde, nimmt dieses Anliegen auf und sieht vor, dass bei Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung die Möglichkeit der integrativen Sonderschulung abgeklärt wird, bevor sie allenfalls einer separativen Sonderschulung zugewiesen werden (vgl. Botschaft B 78 vom 11. November 2008). Die integrative Sonderschulung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen Behinderung stellt allerdings an die Regelschule besondere Ansprüche. Die einzelne Schule muss über ein von allen Beteiligten getragenes Integrationskonzept verfügen und die Integrative Förderung von Kindern mit Schulschwierigkeiten (IF) bereits umgesetzt haben.

4. Weitere bedeutsame Entwicklungen in der Sekundarstufe

Auf der Sekundarstufe I wird die Integrative Förderung vorwiegend in kleineren Schulen in Klassen des Niveaus C angewendet. Schulen mit getrennten Niveaustufen führen in diesem Fall die Niveaus A bis C getrennt. Die Klasse des Niveaus C umfasst auch die Lernenden des Niveaus D. Diese Lernenden werden mit Integrati-

ver Förderung unterstützt. Wird die Sekundarstufe I im kooperativen Modell geführt, besuchen die Lernenden der Niveaus C und D die gleiche Stammklasse und werden hier mit Integrativer Förderung unterstützt. Die Integrative Förderung erweist sich in der Praxis als geeignete Ergänzung zum Modell der kooperativen Sekundarstufe mit zwei Stammklassen.

Um die Lehrpersonen der Sekundarstufe I von Interventionen und Beratungen zu entlasten, die eine eingehende Auseinandersetzung mit den persönlichen und sozialen Verhältnissen der Jugendlichen erfordert, haben die meisten Gemeinden mit einer Sekundarstufe in den letzten Jahren die Schulsozialarbeit eingeführt. Schulsozialarbeit erweist sich zunehmend als wichtige Voraussetzung, damit für einzelne Jugendliche schulisches Lernen erfolgreich möglich ist. Sie ist nun als obligatorisches Angebot der Sekundarstufe I geregelt und muss von den Gemeinden spätestens bis zum Schuljahr 2012/13 allgemein eingeführt werden.

Wenn Jugendliche weder mit rein schulischen Massnahmen noch mit Schulsozialarbeit für den Unterricht aufnahmebereit gemacht werden können, werden von den Schulen Time-out-Lösungen gesucht. Neben individuellen Time-out-Programmen, die einen Arbeitseinsatz mit schulischer Begleitung vorsehen, werden Time-out-Klassen geschaffen, in denen mehrere Jugendliche in einer Gruppe schulisch unterrichtet und in Praxiseinsätzen in Betrieben begleitet werden. Ein Time-out gibt Jugendlichen die Möglichkeit, sich in neuer Umgebung und in der praktischen Tätigkeit zu bestätigen und Vertrauen in ihre Fähigkeiten zu gewinnen. Es ebnet den Weg zurück in die Klasse und zu einer Beteiligung am Unterricht, oder es bahnt den Übertritt in die Berufsbildung an, der allenfalls über ein Brückenangebot verläuft.

5. Nahtstellenprojekt der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz

Der erfolgreiche Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II hängt von verschiedenen Kriterien ab. Neben wirtschaftlichen Faktoren spielen die Anforderungen der Betriebe an die Qualifikationen der Jugendlichen eine wichtige Rolle. Dabei ist unklar, ob die Anforderungen der Betriebe mit dem fachlichen Wissen der Lernenden am Ende der Sekundarstufe I übereinstimmen oder ob sie divergieren.

Zurzeit verfügen rund 89 Prozent der jungen Erwachsenen über einen Abschluss auf der Sekundarstufe II. Erwachsene ohne Abschluss werden auf dem Arbeitsmarkt vermehrt zu einer Risikogruppe. Die Steigerung der Abschlussquote liegt im Interesse von Gesellschaft und Wirtschaft. Das Projekt Nahtstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) soll Massnahmen generieren, damit die Quote der unter 25-jährigen Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II auf 95 Prozent gesteigert werden kann. Diese Zielsetzung soll bis 2015 mit entsprechenden Massnahmen sowie Investitionen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft erreicht werden.

Das Projekt verfolgt als Hauptziel, dass möglichst alle Jugendlichen eine Ausbildung auf der Sekundarstufe II erhalten. Weiter sollen Zeitverlust durch Lehrstellen-

wechsel, Schulwechsel und Wartejahre vermieden werden. Zudem sollen Jugendliche, die einer speziellen Unterstützung bedürfen, in der obligatorischen Schule rechtzeitig erfasst und mit gezielten Massnahmen zu einer Ausbildung auf der Sekundarstufe II geführt werden.

Die Leitlinien des Projekts basieren auf dem Grundsatz, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben sollen, einen ihren Fähigkeiten angepassten Abschluss auf der Sekundarstufe II zu erreichen. Zudem bilden sie die Grundlage für generelle Massnahmen in den beiden Bildungsstufen, berücksichtigen aber insbesondere diejenigen Jugendlichen, die beim Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II besondere Probleme zu bewältigen haben. Die Leitlinien lauten wie folgt:

- *Anteil der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II steigern*
Bis ins Jahr 2015 soll unter den 25-jährigen Personen der Anteil der Absolvierenden mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II auf 95 Prozent steigen.
- *Obligatorische Schule und Sekundarstufe II besser verbinden*
Die Optimierung der Nahtstelle soll sich auf folgende Bereiche konzentrieren: Sekundarstufe I, Beratung und Begleitung vor, während und nach dem Übergang, Brückenangebote und andere Massnahmen zwischen der obligatorischen Schule und dem Eintritt in die Sekundarstufe II, Sekundarstufe II (berufliche Grundbildung, allgemeinbildende Mittelschulen).
- *Standortbestimmung als Grundlage für den Berufswahlprozess etablieren*
Eine individuelle und umfassende Standortbestimmung soll die Basis zu einer gezielten Vorbereitung auf die Anforderungen der Sekundarstufe II bilden. Die Standortbestimmung erfolgt spätestens im 8. Schuljahr und ist periodisch nachzuführen. Die Erziehungsberechtigten sind an diesem Projekt zu beteiligen.
- *Anforderungen gegenseitig abstimmen*
Die Abnehmer, insbesondere die Organisationen der Arbeitswelt als Repräsentanten der Lehrbetriebe, die Behörden der Sekundarstufe II sowie die Verantwortlichen der Sekundarstufe I stimmen ihre Anforderungen gegenseitig ab.
- *Schleichende Erhöhung des Übertrittsalters Volksschule - Sekundarstufe II vermeiden*
Die Ausbildung auf der Sekundarstufe II soll in der Regel direkt an das 9. Schuljahr anschliessen. Es sind Massnahmen zu entwickeln, die geeignet sind, der schleichenden Verlagerung des Übertrittszeitpunktes und damit einer Erhöhung des durchschnittlichen Alters der Jugendlichen beim Abschluss der Sekundarstufe II entgegenzutreten.
- *Ergänzende Angebote und Massnahmen zur Verfügung stellen*
Eine Minderheit von Jugendlichen (schätzungsweise 20%) benötigt ergänzende Massnahmen, damit sie eine ihren Möglichkeiten entsprechende Ausbildung aufnehmen können.
- *Charakter der Angebote definieren*
Die Angebote an der Nahtstelle zwischen obligatorischer Schulzeit und Sekundarstufe II basieren auf einer Standortbestimmung und einem Handlungsplan. Sie richten sich an bestimmte Zielgruppen und sind mit zertifizierenden Elementen versehen.

- *Längerfristige Strategie der Partner entwickeln*
Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt entwickeln zusammen aufgrund der Erfahrungen und der in diesem Zusammenhang relevanten Entwicklungsperspektiven eine längerfristig wirksame Strategie zur Optimierung der Nahtstelle mit einem entsprechenden Massnahmenpaket. Dabei sind insbesondere die sich durch die demografische Entwicklung verändernden Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.
- *Zusammenarbeit der Behörden realisieren*
Erziehungsbehörden, Arbeitsmarktbehörden, Migrationsbehörden und Sozialbehörden arbeiten bezüglich der Angebote zusammen und entwickeln eine gemeinsame Strategie zur Verbesserung der Effektivität des Gesamtsystems (interinstitutionelle Zusammenarbeit). Dazu werden die Wege definiert, welche die Jugendlichen zur Erreichung eines Abschlusses der Sekundarstufe II beschreiten können, sowie die Unterstützungsleistungen bezeichnet, die dabei in Anspruch genommen werden können. Die Steuerung obliegt den Erziehungsbehörden.
- *Bildung der Lehrpersonen gewährleisten*
Die im Nahtstellenbereich tätigen Lehrpersonen werden auf die besonderen Anforderungen speziell vorbereitet.
- *Evaluation der Massnahmen vorsehen*
Die Effektivität der Massnahmen bezüglich der Erleichterung des Überganges ist laufend zu beobachten und zu verbessern.

Die Umsetzung der Leitlinien erfolgt in verschiedenen Teil- und Partnerprojekten. Daraus resultierende Massnahmen werden den Kantonen und Institutionen in Form von Empfehlungen oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt.

Es liegt in der Natur des Auftrags, dass sich das Projekt wegen der unterschiedlichen Zuständigkeit auf nationaler, interkantonaler und kantonaler Ebene in verschiedenen Belangen auf unterstützende und beratende Funktionen beschränken muss.

Der Stand der Arbeiten in den Teil- und Partnerprojekten präsentiert sich gegenwärtig wie folgt:

Abgeschlossene Projekte

- Zusatzausbildung als Fachlehrer/Fachlehrerin für die Berufswahlvorbereitung,
- mehr als neun Schuljahre bzw. sofortiger Anschluss an die Sekundarstufe-II-Ausbildung (Bericht liegt vor),
- interinstitutionelle Zusammenarbeit systematisieren,
- Vertiefungsstudie «Bildungsangebote beim Übergang I von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung»,
- individuelle Begleitung von Lernenden: Schaffung von Richtlinien zur individuellen Begleitung (Coaching),
- Schlüsselkompetenzen von Jugendlichen erfassen und messen.

Projekte in Bearbeitung

- Erfolgsfaktoren von Bildungskarrieren eruieren,
- Case Management in den Kantonen realisieren,
- Einflussnahme bei den sprachregionalen Lehrplänen der Volksschule,

- Stütz- und Förderprogramme auf der Sekundarstufe I und in der Berufsbildung gewährleisten,
- HarmoS: Umsetzung der Standards unterstützen,
- Standortbestimmung auf der Sekundarstufe verwirklichen.

Projekte in Vorbereitung

- Hilfeleistungen für die Elternbildung erbringen,
- Unterstützungsleistungen für die Integration von Migranten vorschlagen,
- Masterplanung für die Nahtstelle obligatorische Schule - Sekundarstufe II entwickeln,
- Anforderungsprofile für die Berufsbildung definieren.

Bis zum Jahre 2010 sollen alle Teil- und Partnerprojekte abgeschlossen sein.

6. Entwicklungen im Gymnasialbereich

a. Nationale Entwicklungen

Der Gymnasialbereich war in den letzten Jahren Gegenstand mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen. Zu erwähnen sind in erster Linie die beiden gross angelegten Evaluationen der Maturitätsreform 1995 im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF). Der erste Evaluationsbericht (Evamar I) ist 2005 publiziert worden. Der Schlussbericht der zweiten Evaluationsphase erschien Ende 2008. Ebenfalls im Jahr 2008 veröffentlichte der Zürcher Pädagogikprofessor Jürgen Oelkers seine Expertise zur Qualität der Schweizer Gymnasien. Eine Analyse zur Schnittstelle Gymnasium - Hochschule erschien Anfang 2007 mit fachspezifischen Empfehlungen zur Optimierung des Übergangs. Alle diese Studien stellen den Schweizer Gymnasien grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus. Die Maturandinnen und Maturanden werden an der Mittelschule gut auf das Studium an der Universität beziehungsweise an der ETH vorbereitet.

Aufgrund der Ergebnisse von Evamar I wurde das Schweizerische Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) im Juni 2007 revidiert. Hauptziele waren dabei die Aufwertung der naturwissenschaftlichen Fächer und der Maturaarbeit. Weiter wird das Ergänzungsfach Informatik eingeführt. Im Kanton Luzern ist die Teilrevision mit dem Schuljahr 2008/09 umgesetzt worden. Die ersten Maturitätsprüfungen nach revidiertem MAR werden im Sommer 2011 durchgeführt. Die zweite Evaluationsphase der Maturitätsreform 1995 (Evamar II) prüfte die Kompetenzen der Maturandinnen und Maturanden in den Fächern Erstsprache, Mathematik und Biologie. Zusätzlich wurden bei einem Teil der Lernenden für das Studium wichtige überfachliche Kompetenzen geprüft. Im Ergebnis zeigte die Analyse einen zufriedenstellenden Ausbildungsstand der Maturandinnen und Maturanden. Die Verknüpfung der Prüfungsergebnisse mit strukturellen Merkmalen zeigte, dass Lernende, die mindestens vier Jahre an einem Gymnasium verbracht hatten, überwiegend bessere Ergeb-

nisse erzielten als jene, die das erste von vier Jahren teilweise ausserhalb des Gymnasiums absolviert hatten. Weiter schnitten Maturandinnen und Maturanden des Langzeitgymnasiums in fast allen Testbereichen leicht besser ab als jene des Kurzzeitgymnasiums. Einen Zusammenhang scheint es auch zwischen der Maturitätsquote eines Kantons und dem durchschnittlichen Leistungsniveau in den getesteten Bereichen zu geben. Maturandinnen und Maturanden aus der Kantonsgruppe mit einer Maturitätsquote unter 17,5 Prozent erzielten in den meisten Testbereichen bessere Ergebnisse als die Lernenden aus der Kantonsgruppe mit einer Maturitätsquote über 19 Prozent.

Die nationale Arbeitsgruppe «Plattform Gymnasium» hat aufgrund der Ergebnisse von Evamar II Empfehlungen zur Weiterarbeit im Gymnasialbereich formuliert. Über diese Empfehlungen und über die Weiterentwicklung der Gymnasien wird die EDK voraussichtlich noch im laufenden Jahr befinden. Dabei geht es insbesondere auch um die Frage, wie die Gymnasien auf die Harmonisierungsbestrebungen und Bildungsstandards an der Volksschule reagieren sollen.

b. Kantonale Entwicklungen

Die Lustat Statistik Luzern erstellte im Auftrag des Bildungs- und Kulturdepartementes Szenarien für die Entwicklung der Schülerzahlen bis im Jahr 2025. Nach diesen Berechnungen werden die Schülerzahlen ab 2011 bis zum Jahr 2020 leicht zurückgehen, um dann kontinuierlich wieder anzusteigen. Die Szenarien zeigen, dass in den untersuchten Einzugsgebieten weder mit einem starken Schülerrückgang noch mit einer starken Zunahme zu rechnen ist. Allerdings ist auf Ebene Schule der Plafond an der in den letzten Jahren stark gewachsenen Kantonsschule Musegg erreicht. Lernende werden jetzt schon an die Kantonsschulen Reussbühl und Seetal und an das Gymnasium St. Klemens umgeteilt.

Um beim Kurzzeit- und Langzeitgymnasium eine Angleichung der Eintrittsquoten zu erreichen, haben wir das Bildungs- und Kulturdepartement Ende 2004 beauftragt, gezielte Steuerungsmassnahmen vorzubereiten. Im nächsten Schuljahr erwarten wir einen Bericht zu den Wirkungen dieser Massnahmen. Anschliessend sollen bei Bedarf weitere Schritte festgelegt werden.

Ein grosses kantonales Entwicklungsprojekt läuft unter dem Namen «Potenzial Gymnasium». Mit diesem Projekt fördert der Kanton Luzern innovative Schul- und Unterrichtsprojekte der Luzerner Gymnasien. Zwischen 2007 und 2010 können jedes Jahr Schulprojekte eingereicht werden, die von einer unabhängigen Jury bewertet werden. Die innovativsten und pädagogisch wirksamsten Projekte werden ausgezeichnet, vom Kanton Luzern besonders gefördert und auf einer digitalen Plattform und in Form einer Broschüre bekannt gemacht. Das Ziel des Projekts ist es, das reiche Potenzial an Ideen, Kreativität, Know-how und Entwicklungsbereitschaft der Luzerner Gymnasien darzustellen und einen Wissensaustausch zwischen den Schulen anzuregen.

Ein zweiter grosser Entwicklungsbereich der Luzerner Gymnasien betrifft die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung (QSE). Vor rund zehn Jahren wurde ein Konzept zur QSE an den Gymnasien erarbeitet, welches das Bildungs- und Kulturdepartement mit einer Mehrjahresplanung umsetzt und vorantreibt. Mittlerweile verfügt jede Kantonsschule über ein Schulleitbild, über Qualitätsgrundsätze und über ein internes Planungsinstrument zum schulischen Qualitätsmanagement. Die Lehrpersonen arbeiten an ihrer Unterrichtsplanung und -gestaltung in Qualitätsgruppen und Unterrichtsteams. Seit 2006 wird jede Kantonsschule in einem Turnus von vier Jahren von der Interkantonalen Fachstelle für Schulevaluation der Universität Zürich (IFES) extern evaluiert. Weiter führt die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Auftrag der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) ein Benchmarking zwischen den Schulen der Mitgliederkantone der NW EDK durch. Mit Daten aus Ehemaligenbefragungen, Schüler- und Lehrpersonenbefragungen werden die Schulen nach ausgewählten Kriterien kantonsintern und kantonsübergreifend verglichen. Die Luzerner Kantonsschulen haben beim ersten Benchmarking gut abgeschlossen. Die beiden Instrumente Fremdevaluation und Benchmarking bieten einen kritischen Aussenblick auf die Luzerner Gymnasien und dadurch den Schulen die Möglichkeit, sich kontinuierlich zu verbessern.

Dem Kanton Luzern ist die Förderung der Begabungen der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ein wichtiges Anliegen. Das Gymnasium zeichnet sich aus durch die Vielfalt des Bildungsangebots, durch einen qualitativ hochstehenden Fachunterricht, durch die Förderung des Reflexionswissens und durch ganzheitliche Bildung. In diesem Sinne bietet der Kanton Luzern Angebote für begabte Schülerinnen und Schüler in spezifischen (Fach-)Bereichen an. An der Kantonsschule Luzern können sprachbegabte Lernende die zweisprachige Maturität Deutsch/Englisch abschliessen, seit diesem Jahr wird zusätzlich die zweisprachige Maturität Deutsch/Französisch angeboten. Sportlich und musisch begabte Schülerinnen und Schüler haben an den Kantonsschulen Luzern und Schüpfheim die Möglichkeit, in einem eigenen Lehrgang ihre Begabung zu fördern. Das Kurzzeitgymnasium für sportlich und musisch Talentierte führt in fünf, anstelle von vier Jahren zur Maturität, wodurch den Lernenden Raum und Zeit für wöchentlich mehrere Trainingseinheiten zur Verfügung stehen.

7. Entwicklungen im Berufsbildungsbereich

Seit einigen Jahren findet der Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung erhöhte Aufmerksamkeit bei Politik und Behörden. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat zusammen mit den Verbundpartnern ein Nahtstellenprojekt gestartet, das zahlreiche Teilprojekte umfasst (vgl. Kap. V). Es geht darum, den Übergang zwischen den genannten Bildungsstufen besser zu bewirtschaften und gezielt zu pflegen. Als politisches Ziel hat die EDK festgelegt, bis 2015 sollten 95 Prozent aller Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren über einen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügen. Zurzeit beträgt dieser Wert im Kanton Luzern rund 90 Prozent. Es braucht grosse Anstrengungen, um in den nächs-

ten sechs Jahren 5 Prozent mehr Jugendliche zu einem Berufsbildungsabschluss zu führen. Letztendlich handelt es sich um Jugendliche, die bisher ohne Abschluss in die Arbeitswelt eingetreten sind und jetzt nach dem Prinzip «Bildung vor Arbeit» in die Berufsbildung integriert werden müssen.

a. Gezielte Pflege der Nahtstelle I (Sekundarstufe I - Berufsbildung)

Es ist ganz entscheidend, dass potenziell «gefährdete» Jugendliche frühzeitig erfasst werden können. Dank einer in den letzten zwei Jahren massiv verbesserten Zusammenarbeit aller Institutionen, welche an der Nahtstelle I eine Rolle spielen (Berufsbildungsbehörden, Berufsberatung, Brückenangebote, Sek-I-Schulen, Berufsfachschulen, Arbeitsmarktbehörden, Sozialbehörden, IV-Stellen u.a.), ist der Kanton Luzern als einer der ersten Kantone in der Lage, den Jugendlichen an der Nahtstelle I eine sehr individualisierte Unterstützung anzubieten.

Die Jugendlichen, welche jeweils im Monat April noch keine Anschlusslösung haben, werden zentral erfasst, und ihre Dossiers (die von den Lehrpersonen der Sekundarstufe I erstellt werden) werden von einem Expertenteam geprüft. Dieses ordnet für jeden einzelnen Jugendlichen die adäquate Massnahme an. Sie kann darin bestehen, dass ein Jugendlicher die Lehrstellensuche mit einem begleitenden Mentor oder einer Mentorin fortsetzt, ein individuelles Coaching erhält, einem geeigneten Brückenangebot zugewiesen wird oder eine andere professionelle Unterstützung erhält, stets nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe». Den Jugendlichen soll nicht alles abgenommen werden, sondern es gilt, sie zu befähigen, selber Verantwortung für ihre Situation zu übernehmen.

b. Case-Management Berufsbildung für Risikogruppe

In ein Brückenangebot einzutreten macht nur Sinn, wenn keine direkte Integration in die Berufswelt möglich ist. Wenn immer möglich werden die Jugendlichen in eine reguläre berufliche Grundbildung integriert. Sie werden dabei, sofern notwendig, von der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung im Berufsintegrationscoaching und im Case-Management begleitet und unterstützt.

Trotz des bestehenden privaten und kantonalen Angebots an Zwischenlösungen gibt es im Kanton Luzern jedes Jahr eine Gruppe von rund 100 bis 150 Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die den Einstieg in eine Ausbildung der Sekundarstufe II oder ins Erwerbsleben dauerhaft nicht schafft. Diese Gruppe weist ein hohes Risikopotenzial auf, wiederkehrend oder dauernd auf Unterstützungsleistungen der sozialen Sicherungssysteme angewiesen zu sein. Sie entspricht rund 2,5 bis 3 Prozent aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Das Risiko für einen problematischen diskontinuierlichen Verlauf ist ungleich verteilt: insbesondere Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss und solche mit Migrationshintergrund sind davon betroffen.

Das neu geschaffene Angebot des Case-Managements Berufsbildung will gerade solche Jugendlichen eng begleiten und speziell unterstützen. Das Case-Management Berufsbildung stellt sicher, dass Hilfe brauchende Jugendliche, die potenziell in ihrer Berufslaufbahn gefährdet sind, frühzeitig erfasst, beobachtet und begleitet werden. Diese Begleitung ist dann erfolgreich, wenn die Jugendlichen einen nachobligatorischen Ausbildungsweg abschliessen. Im Zentrum steht der Leitgedanke «Hilfe zur Selbsthilfe». Case-Management stellt sicher, dass die individuelle Betreuung über institutionelle Grenzen hinweg für die Berufswahl und die berufliche Grundbildung optimal koordiniert wird. Es ist also eine intensive Zusammenarbeit aller involvierten Institutionen aus Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialwesen.

c. Förderung der Berufsmaturität

Neben den Massnahmen für Jugendliche mit Problemen bei der Lehrstellensuche werden wir auch die Berufsbildung generell, insbesondere die Angebote für begabte Jugendliche, besonders fördern. Im Vordergrund steht speziell die Berufsmaturität, damit begabte Jugendliche vermehrt diesen Maturitätsweg wählen. Das werden wir durch eine Verstärkung der Information in der Sekundarstufe I und bei Bedarf durch eine Ergänzung der Angebote anstreben. Mit dieser Stützung des Berufsmaturitätswegs möchten wir einerseits den Berufsbildungsweg allgemein attraktiver machen und andererseits auch das Fachhochschulstudium als Alternative zu einem Universitätsstudium gezielt fördern.

d. Neues Berufsbildungsgesetz

Seit mehreren Jahren befindet sich die Berufsbildung in einem tiefgreifenden Reformprozess. Dieser wurde Ende der Neunzigerjahre mit den Vorarbeiten zum neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG; SR 412.10) eingeleitet, das am 13. Dezember 2002 erlassen wurde und am 1. Januar 2004 in Kraft trat. Das Gesetz berücksichtigt die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen, die seit dem Inkrafttreten des vorangegangenen Gesetzes im Jahr 1980 eingetreten sind. Es trägt damit wesentlich zur Stärkung der Berufsbildung bei. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz ist die Grundlage vorhanden, um die Berufsbildung permanent weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Im Zentrum steht die Sicherstellung des Nachwuchses an gut ausgebildeten Fachkräften für die Wirtschaft. Da die Arbeitswelt ständig nach höheren beruflichen Qualifikationen fragt, ist die Integration von schulisch schwächeren Jugendlichen in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft nicht einfacher geworden.

e. Reform der beruflichen Grundbildung

Das 2004 in Kraft getretene Berufsbildungsgesetz schreibt vor, die Ausbildungsreglemente aller Berufe an die neue Gesetzgebung anzupassen. Während einer fünfjährigen Umsetzungsphase müssen darum sämtliche Berufsbildungsreglemente revidiert und durch Verordnungen über die berufliche Grundbildung ersetzt werden. Heute existieren über 200 reglementierte Berufe. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz kamen neu die Lehrberufe der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst sowie Land- und Waldwirtschaft hinzu. Zum heutigen Zeitpunkt sind 38 Prozent der Berufsreformen abgeschlossen, 40 Prozent sind noch im Gang und 22 Prozent stehen noch bevor.

Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung beschränken sich auf rechtlich relevante Inhalte eines Lehrberufs: Sie definieren insbesondere die Kernelemente des Lehrberufs, die Anforderungen an die Fachkräfte, die Höchstzahl der Lernenden und das Qualifikationsverfahren. Verordnungen über die berufliche Grundbildung werden von den Verbundpartnern gemeinsam erarbeitet und schliesslich vom Bund erlassen.

f. Demografische Entwicklung

Bis 2008 haben die Schülerzahlen auf der Sekundarstufe II stetig zugenommen, und das wird auch in den nächsten Jahren bis 2011 so weiter gehen. Gemäss Szenarien des Bundesamtes für Statistik ist anschliessend bis 2015 mit einer Abnahme, in der Berufsbildung um 7 bis 9 Prozent zu rechnen. Stetig zugenommen hat in den letzten Jahren der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer. Er liegt zurzeit bei rund 20 Prozent. Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung hat sich zudem stark geändert, sie ist heute heterogener als in den vergangenen Jahrzehnten. In Bezug auf den Bildungsstand der immigrierten Personen zeigen sich Unterschiede: Das Bildungsniveau der in Südeuropa geborenen Ausländerinnen und Ausländer ist tiefer als jenes der schweizerischen Bevölkerung. Personen aus West- und Nordeuropa hingegen übertreffen insgesamt das Bildungsniveau der einheimischen Bevölkerung. Unterschiede ergeben sich auch in der Art der Ausbildung, welche die Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten wählen respektive welche ihnen überhaupt zugänglich sind. Jugendliche aus südeuropäischen Ländern entscheiden sich vor allem für eine berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis oder Attest. Lediglich ein Fünftel von ihnen besucht eine allgemeinbildende Schule.

g. Veränderungen in der Arbeitswelt

Das Berufsbildungssystem weist einen engen Bezug zur Wirtschaft und zur Arbeitswelt auf. Nebst der Konjunktur beeinflussen strukturelle Faktoren das Bildungsangebot. Im Vordergrund stehen der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesell-

schaft und die Globalisierung. Bedingt durch ökonomische, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen entstehen fortlaufend neue Berufsbilder. Zudem führt die Automatisierung von Arbeitsabläufen zu höheren Anforderungen in der Ausbildung, und in immer mehr Bereichen wird eine fundiertere Ausbildung notwendig.

h. Perspektiven

Die Angebote der Berufsbildung berücksichtigen unterschiedliche Fähigkeiten und sind auf die Bedürfnisse verschiedenster Zielgruppen ausgerichtet. Sie bauen auf klar definierten Eingangsvoraussetzungen auf und zeichnen sich durch eine hohe Durchlässigkeit aus. Eine der zentralen Herausforderungen der Berufsbildung ist die Heterogenität der Zugänge. Auf der einen Seite gilt es, möglichst viele Jugendliche nachhaltig in die Berufsbildung und im Arbeitsmarkt zu integrieren (und damit zu verhindern, dass sie später womöglich von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen). Auf der anderen Seite ist es für die Berufsbildung von grosser Bedeutung, dass sie für erfolgshungrige und leistungsorientierte junge Leute attraktiv bleibt. Deren vermehrte Förderung dürfte deshalb ein ebenso grosses Erfordernis sein wie die Supportangebote an der Nahtstelle I.

8. Vorhaben in anderen Kantonen

In zahlreichen Kantonen werden Veränderungen auf der Sekundarstufe I diskutiert oder zum Teil bereits kantonal geplant. Für den Kanton Luzern sind die Entwicklungen in den Nachbarkantonen von besonderer Bedeutung, denn mit diesen Kantonen besteht sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II ein reger Austausch von Schülerinnen und Schülern. Deshalb werden hier die Entwicklungen in den Zentralschweizer Kantonen speziell dargestellt:

a. Weiterentwicklung der Sekundarstufe I in den Zentralschweizer Kantonen

Die Zentralschweizer Kantone beabsichtigen, die strukturelle Weiterentwicklung der Sekundarstufe I vermehrt zu koordinieren. Die Sekundarstufe I soll in zwei Strukturmodellen organisiert werden, und zwar in einem Modell mit zwei Leistungszügen und in einem Modell ohne äussere Differenzierung. In drei bis vier Fächern sollen drei Niveaus angeboten werden. Daneben soll auch jahrgangsgemischtes Lernen in Projekten und allenfalls einzelnen Fächern gefördert werden. Neben der Sekundarstufe I der Volksschule kann bei Bedarf auch ein Untergymnasium geführt werden. Die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler werden in den Stammklassen integ-

riert gefördert. Neben den äusseren Strukturelementen soll auch die Unterrichtsentwicklung vermehrt gemeinsam gestaltet werden, indem themenzentriertes und selbstgesteuertes Lernen gezielt gefördert wird. Dafür sollen auch genügend grosse zeitliche Gefässe zur Verfügung stehen. Im letzten Schuljahr sind mehrere Halbtage dafür vorgesehen.

b. Andere Kantone

Neben den Zentralschweizer Kantonen sind aber auch zahlreiche andere Deutschschweizer Kantone mit der Weiterentwicklung der Sekundarstufe I beschäftigt. Der Kanton Thurgau hat die Einführung eines einheitlichen Modells mit zwei Stammklassen und Niveaugruppen auf das Schuljahr 2009/10 beschlossen. Der Kanton Zürich hat im Sommer 2008 eine breit angelegte Diskussion über die Entwicklungsziele und Massnahmen für die Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule gestartet. Dabei wird vorgeschlagen, die Sekundarstufe in zwei leistungsdifferenzierten Klassen einheitlich für den ganzen Kanton zu gliedern. Im Rahmen der Anpassungen der Schulstrukturen an das HarmoS-Konkordat planen auch die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt eine Weiterentwicklung der Sekundarstufe I.

V. Eckwerte für die künftige Ausgestaltung der Sekundarstufe I

Die Veränderung der äusseren Schulstrukturen ist nur eine Massnahme zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I. Diese ist nur wirksam, wenn gleichzeitig auch eine intensive Unterrichtsentwicklung stattfindet. Dazu gehört neben der verstärkten Umsetzung individualisierender Lehr- und Lernformen auch die Einführung und Anwendung der schweizerisch beziehungsweise deutschschweizerisch entwickelten Instrumente wie Bildungsstandards, Kompetenzmodelle, regionaler Lehrplan und standardisierte Leistungsmessungen. Ebenso muss die Beurteilung weiterentwickelt und auf diese Instrumente ausgerichtet werden. Einige dieser Entwicklungsmassnahmen werden heute bereits im Rahmen des Projekts «Schulen mit Zukunft» auf freiwilliger Basis in verschiedenen Schulen umgesetzt. Andere befinden sich auf regionaler Ebene in Bearbeitung und können in etwa drei bis vier Jahren in unseren Schulen eingeführt werden.

Obwohl eine Weiterentwicklung der Sekundarstufe I wesentlich über die Unterrichtsentwicklung zu erfolgen hat, müssen auch die Schulstrukturen mittel- und langfristig angepasst werden, denn diese stellen eine wichtige Rahmenbedingung für die Zielerreichung im Unterricht dar. Zudem machen verschiedene Entwicklungen im Umfeld der Sekundarstufe I (vgl. die Ausführungen im Kap. IV) eine solche Anpassung notwendig. Obwohl das Modell mit nicht selektionierten Stammklassen (integriertes Modell) im internationalen Vergleich am besten abschneidet und auch organi-

satorisch bestimmte Vorteile aufweist, sprechen wir uns mittel- und langfristig aus Gründen der Realisierbarkeit und der Akzeptanz für zwei Modelle aus, nämlich für ein Modell mit zwei leistungsbezogenen Stammklassen sowie für das Modell mit nichtselektionierten Stammklassen. Für die Weiterentwicklung der Sekundarstufe I soll deshalb von folgenden Eckwerten ausgegangen werden:

- Die Sekundarstufe I der Volksschule wird entweder in zwei leistungsbezogenen Stammklassen mit grundlegenden und erweiterten Anforderungen oder in nichtselektionierten Stammklassen geführt. In beiden Strukturmodellen werden die Fächer Englisch, Französisch, Mathematik und Naturlehre in drei stammklassenübergreifenden Niveaugruppen geführt.

Modell mit zwei leistungsbezogenen Stammklassen (kooperatives Modell)

Stammklasse mit erweiterten Anforderungen	Stammklasse mit grundlegenden Anforderungen
Niveaugruppen A, B, C (inkl. D) <ul style="list-style-type: none"> – Englisch – Französisch – Mathematik – Naturlehre 	

Modell mit nichtselektionierten Stammklassen (integriertes Modell)

Bildung von Stammklassen
Niveaugruppen A, B, C (inkl. D) <ul style="list-style-type: none"> – Englisch – Französisch – Mathematik – Naturlehre

- Die Stammklasse mit erweiterten Anforderungen soll etwa 50 Prozent der Lernenden umfassen, jene mit den grundlegenden Anforderungen etwa 35 Prozent. Etwa 15 Prozent der Lernenden besuchen das Untergymnasium.
- An jedem Schulstandort werden in der Regel mindestens zwei Klassen pro Jahrgang geführt. Das bedingt eine minimale Zahl von 45 Lernenden pro Jahrgang.
- Die Schülerinnen und Schüler mit grossen Lernschwierigkeiten (Lernbehinderungen) besuchen den Unterricht in den Stammklassen mit den grundlegenden Ansprüchen. Sie erhalten zusätzliche Unterstützung durch eine Lehrperson für integrative Förderung. Diese Lernenden können in den Niveaufächern bei Bedarf getrennt unterrichtet werden.
- Der Unterricht in den Stammklassen mit erweiterten Anforderungen und in den nichtselektionierten Stammklassen sieht eine spezielle Förderung für Lernende vor, die in das Kurzzeitgymnasium übertreten wollen, und zwar vor allem auch in den musischen Fächern. Umgekehrt baut das Kurzzeitgymnasium konsequent auf den Lehrplänen der 2. Klasse der Sekundarstufe I auf.

- Der Unterricht in der Sekundarstufe I beinhaltet verschiedene Formen des selbst-gesteuerten Lernens (inkl. Projektunterricht). Diese Formen bauen auf der Primarschule auf und nehmen von der 1. bis zur 3. Klasse zu. Sie umfassen in den 3. Klassen etwa einen Viertel der gesamten Unterrichtszeit.
- Die Sekundarstufe I wird mit einem Ausweis abgeschlossen. Darin werden neben den üblichen Beurteilungen die Leistungstests des 8. und des 9. Schuljahres sowie die Projektarbeit des 9. Schuljahres ausgewiesen.

Die Umsetzung dieser Eckwerte hat verschiedene Auswirkungen, welche insgesamt als vorteilhaft gewertet werden:

- Die Struktur der Sekundarstufe I wird transparenter, die Zuordnung der Lernenden im Rahmen des Übertrittsverfahrens einfacher.
- Die Einteilung in Stammklassen ist einfacher als in den bisherigen getrennten und kooperativen Strukturmodellen.
- Die individuelle Förderung der Lernenden wird erleichtert, die Durchlässigkeit in den Niveaufächern erhöht.
- Die interkantonale entwickelten Unterrichtsinstrumente (Lehrplan, Lehrmittel, Leistungsmessungen) können in unseren Schulen problemlos eingeführt und umgesetzt werden.
- Ein Teil des selbstgesteuerten Lernens erfolgt in «Lernlandschaften» (z.B. Lernateliers, Lernwerkstätten). Damit sollen die Lernenden im individuellen Lernen konsequent gefördert und gefordert werden.
- Die Abstimmung der Nahtstellen zur Primarstufe und zur Sekundarstufe II ist aufgrund der einfacheren Struktur besser und transparenter möglich.
- Die Zahl der Schulstandorte wird zwar leicht reduziert, doch wird in der Sekundarstufe I weiterhin ein wohnortsnaher Schulbesuch gewährleistet sein.
- Etwa 20 Sekundarstufe-I-Schulen müssen ihre äusseren Strukturen verändern; bei einigen davon ist die Veränderung in die geplante Richtung aufgrund der demografischen Entwicklung bereits eingeleitet.
- Aufgrund der geringeren Differenzierung wird die Klassenbildung einfacher, deshalb sind zum Teil auch weniger Klassen zu bilden, was an gewissen Schulorten zu Einsparungen führt.
- Die neue Struktur der Sekundarstufe I erleichtert die Förderung aller Lernenden. Insbesondere die begabten Lernenden erhalten mit dem Niveauunterricht in vier wichtigen Fächern weiterhin den Zugang zu anspruchsvollen Ausbildungswegen auf der Sekundarstufe II.
- Die Struktur der Sekundarstufe I gleicht sich interkantonale an. Insbesondere erfolgt eine Angleichung mit den Kantonen der Zentralschweiz, welche für den ausserkantonalen Schulbesuch für den Kanton Luzern von grosser Bedeutung sind.

VI. Antrag

Die Sekundarstufe I nimmt eine wichtige, aber auch exponierte Stellung innerhalb der Schulstufen ein, denn sie schliesst an eine in der Regel einheitlich gestaltete Primarstufe an und muss die Lernenden auf ein breites Feld von Anschlusslösungen auf der Sekundarstufe II vorbereiten. Die Sekundarstufe I steht deshalb im Brennpunkt verschiedener, teilweise sich widersprechender Interessen und Anliegen. Veränderungen an der Sekundarstufe I sind deshalb in der Regel auch umstritten. Dies hat sich im Kanton Luzern, in vielen anderen Kantonen und auch im Ausland in den letzten Jahren immer wieder gezeigt. Jede Weiterentwicklung dieser Stufe ist deshalb nur behutsam möglich und setzt zumindest die Unterstützung der wichtigsten Eckwerte durch alle Partner voraus.

Die dargestellten Entwicklungen zeigen auf, dass eine Weiterentwicklung der Sekundarstufe I in den nächsten Jahren notwendig sein wird. Wir sind überzeugt, dass diese Weiterentwicklung in entscheidenden Punkten für alle Beteiligten wichtig und zukunftsweisend sein wird. Je nach Ausgangsposition wird diese Entwicklung für die einzelne Schule grösser oder kleiner sein. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Situationen der einzelnen Schulen sind Aussagen über die finanziellen Auswirkungen nicht sinnvoll, denn in zahlreichen Schulen ist der Veränderungsbedarf eher klein und verursacht keine Mehrkosten. In einigen Schulen können aufgrund der einfacheren Klassenbildung mit zwei oder nur einer Stammklasse Kosten gespart werden, da weniger Klassen geführt werden müssen, während in einzelnen Schulen die Einführung eines neuen Strukturmodells sowohl Entwicklungskosten als auch grössere Betriebskosten verursachen wird.

Wir sind überzeugt, dass die in Kapitel V dargestellten Eckwerte eine gute Grundlage für die längerfristige Weiterentwicklung der Sekundarstufe I bilden. Wir beabsichtigen deshalb – eine positive Beurteilung dieses Planungsberichts durch Ihren Rat vorausgesetzt –, diese Eckwerte zu konkretisieren und sie als Richtwerte für zukünftige Entscheidungen über die inneren und äusseren Strukturen der Sekundarstufe I zu berücksichtigen.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir beantragen Ihnen, unseren Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Luzern, 19. Mai 2009

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Max Pfister
Der Staatsschreiber: Markus Hodel

**Kantonsratsbeschluss
über den Planungsbericht über die Schnittstellen-
problematik zwischen der Primarstufe und der
Sekundarstufe I und zwischen der Sekundarstufe I
und der Sekundarstufe II**

vom

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 19. Mai 2009,

beschliesst:

1. Vom Planungsbericht über die Schnittstellenproblematik zwischen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Der Kantonsratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

Anhang: Entwicklung Sekundarstufe I

Gemeinden	Schuljahr 2008/09 Sekundarstufe I			Schuljahr 2008/09 Primarstufe		Ø Gebur- ten 2001 – 2004	Ø Gebur- ten 2001 – 2008	Ist-Situation	kurz- und mittelfristi- ge bzw. langfristige Massnahmen
	Klas- sen	Lernende	Ø pro SJ	1. Klässler	6. Klässler				
Amt Luzern									
Adligenswil	15	240	80	98	104	61	59	KSS	keine
Buchrain	12	226	75	57	87	50	41	GSS	KSS
Ebkon	21	400	133	101	137	100	118	GSS	keine - KSS
Horw	17	301	100	93	145	99	109	GSS	keine - KSS
Kriens	46	816	272	202	295	200	213	GSS	keine - KSS
Littau	29	521	174	138	167	182	169	GSS	keine - KSS
Luzern	50	921	307	334	392	468	515	GSS	keine - KSS
Malters	21	373	124	80	108	85	79	GSS	keine - KSS
Meggen	9	149	50	63	75	51	52	GSS mit Lerngruppen	KSS
Root	14	241	80	92	99	67	63	GSS (KSS beschlossen)	KSS
Weggis	9	147	49	68	75	46	48	KSS	keine

GSS: Getrennte Sekundarstufe I
KSS: Kooperative Sekundarstufe I
ISS: Integrierte Sekundarstufe I

Gemeinden	Schuljahr 2008/09				Schuljahr 2008/09		Ø Gebur- ten 2001 - 2004	Ø Gebur- ten 2005 - 2008	Ist-Situation	kurz- und mittelfristi- ge bzw. langfristige Massnahmen
	Klas- sen	Lernende	Ø pro SJ	1. Klassler	6. Klassler					
Amt Hochdorf										
Emmen	50	908	303	221	300	268	286	GSS	keine - KSS	
Eschenbach	15	260	87	111	109	84	91	GSS mit Teilkoop.	GSS oder KSS	
Hitzkirch	17	274	91	90	120	79	79	GSS mit Teilkoop.	GSS oder KSS	
Hochdorf	29	518	173	119	161	113	122	GSS	keine - KSS	
Rain	5	95	32	30	43	24	27	ISS (Schulkreis Hildisrieden/Rain)	keine	
Rothenburg	13	252	84	72	103	65	74	GSS	keine - KSS	
Amt Sursee										
Beromünster	12	236	79	65	95	53	61	GSS (KSS geplant)	KSS	
Büron	4	72	24	28	41	30	33	KSS (Schulkreis Triengen/Büron)	Zusammenl. oder ISS	
Buttisholz	11	173	58	42	45	34	41	KSS	keine	
Grosswangen	7	113	38	41	50	30	31	KSS	Zusammenl. oder ISS	
Hildisrieden	2	31	10	20	20	16	18	ISS (Schulkreis Hildisrieden/Rain)	Schulstandort über- prüfen	
Neuenkirch	14	258	86	61	87	68	64	GSS	KSS	
Notwil	4	65	22	40	40	37	37	KSS	Zusammenl. oder ISS	
Rickenbach	7	117	39	35	48	26	29	KSS	Zusammenl. oder ISS	
Ruswil	13	233	78	68	101	76	72	GSS	KSS	
Sempach	10	156	52	53	64	59	65	GSS	KSS	
Sursee	29	554	185	160	271	181	213	GSS	keine - KSS	
Triengen	13	204	68	42	62	46	43	GSS (Schulkreis Triengen/Büron)	KSS	
Wolhusen	13	245	82	92	98	77	75	KSS	keine	

Gemeinden	Schuljahr 2008/09			Schuljahr 2008/09		Schuljahr 2008/09		Ø Gebur- ten 2004	Ø Gebur- ten 2005 - 2008	Ist-Situation	kurz- und mittelfristi- ge bzw. langfristige Massnahmen
	Klas- sen	Lernende	Ø pro SJ	1. Klässler	6. Klässler						
Amt Willisau											
Dagmersellen	9	163	54	42	67	39	49		KSS	keine	keine
Eftiswil	6	111	37	39	47	33	32		KSS	Zusammenl. oder ISS	
Hergiswil	4	81	27	24	29	22	19		ISS (Spezialbewilligung: RRB 10.12.02 und RRB 19.02.2008)	keine	
Luthern	3	62	21	16	24	14	15		ISS (Spezialbewilligung: RRB vom 21.02.03)	Aufhebung. Spätestens auf Ende Schuljahr 2012/13	
Menznau	7	125	42	17	48	35	28		KSS	Zusammenl. oder ISS	
Nebikon	8	134	45	45	46	49	50		GSS	KSS	
Pfaffnau	8	108	36	27	35	28	25		KSS	Zusammenl. oder ISS	
Reiden	15	254	85	94	95	64	70		KSS	keine	
Schötz	9	174	58	34	54	42	39		GSS	KSS	
Wauwil	7	114	38	27	41	24	32		GSS (KSS geplant)	Zusammenl. oder ISS	
Zell	12	196	65	55	82	86	85		KSS	keine	
Willisau	16	275	92	66	86	52	58		GSS	KSS	
Amt Entlebuch											
Entlebuch	12	234	78	48	67	44	38		KSS	keine	
Escholz matt	10	197	66	40	51	49	39		KSS	keine	
Fühli	3	66	22	13	23	17	17		ISS (B/C) (Schulkreis Schupfheim)	Aufhebung. Spätestens auf Ende Schuljahr 2012/13	
Hasle	3	59	20	23	42	20	16		ISS (B/C) (Schulkreis Entlebuch)	Aufhebung. Spätestens auf Ende Schuljahr 2012/13	
Schupfheim	11	210	70	45	75	38	34		GSS (KSS beschlossen)	KSS	